

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Kunzelgenpreis:
50 Pf. für die 3 gepalt.
Beitragte.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bröp.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung.

Unter Reform versteht man eine Neugestaltung bzw. Umgestaltung im Sinne einer Verbesserung. Es wird aber niemand behaupten wollen, daß die Vorschläge der Kommission von Sachverständigen, die zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung berufen war, eine Verbesserung darstellen. Das Ergebnis der Kommissionsberatung ist folgendes:

Die Saisonarbeiter sollen auch weiterhin durch die Versicherung betreut werden, jedoch sollen sie nur die Unterstützung der Krisenfürsorge erhalten, und zwar nach einer Wartezeit von zwei Wochen. Die Höhe der Unterstützung soll allgemein zu der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung in Beziehung gebracht werden. Die Wartezeit für allein stehende Arbeitslose soll auf zwei Wochen verlängert, für Arbeitslose mit großer Familie auf drei Tage verkürzt werden. In den Fällen, in denen die Lohnhöhe am Unterstützungsort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterstützung der Lohnhöhe am Unterstützungsort angepaßt werden. Eine Anzahl von Personengruppen, z. B. für die nicht ständig Beschäftigten, für die nebenberuflich Tätigen und für die Heimarbeiter sollen besondere Regelungen getroffen werden.

Das ist allgemein genommen eine bedenkende Verschlechterung des seither bestehenden Zustandes. Die Reichsregierung hat von den Vorschlägen der Sachverständigenkommission nur einen Teil übernommen, und zwar:

1. Verlängerung der Wartezeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigzte Angehörige auf zwei Wochen;
2. Anrechnung von Wartegeld, Ruhegehalt und Sozialrenten;
3. Kürzung der Beiträge in der Krankenversicherung.

Dagegen ist die vom Sachverständigenausschuß vorgeschlagene

Staffelung der Unterstützungshöhe

nach der Länge der Anwartschaft für die Gesamtheit der Versicherten in die Regierungsvorlage nicht mit aufgenommen worden. Vielmehr ist in der Regierungsvorlage eine solche Staffelung nur für die Saisonarbeiter vorgesehen. Für die Beiträge sieht die Vorlage eine Erhöhung um 1/2 Prozent vor. Durch die Annahme der Regierungsvorschläge würde sich das errechnete Defizit von 279 Millionen auf 47 Millionen Mark vermindern.

Hier sei gleich bemerkt, daß nach den Vorschlägen der Gewerkschaften, die Beiträge um ein Prozent zu steigern, sich noch ein kleiner Überschuß ergeben würde. Die Sachverständigenkommission hat entsprechend dem Willen der sog. bürgerlichen Parteien und der Mehrheit der Reichsregierung nur einer Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent zugestimmt. Die Folgen dieser sonderbaren Reform werden die Gemeinden zu spüren bekommen. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages schilderte Dr. Friß Elias, Vizepräsident des Deutschen Städtebundes, die steigende Belastung, die die Städte durch Übergang der Ausgesteuerten aus Krisenfürsorge und Erwerbslosenunterstützung auf die allgemeine Wohlfahrtspflege der Gemeinden erleiden. Dazu kämen durchschnittlich 150 000 Zuschunterstützungsempfänger. 20 Prozent der gesamten städtischen Fürsorgeauswendungen entfielen gegenwärtig auf Wohlfahrtsarbeitslose.

Nach dem gegenwärtigen Stande belaufe sich der Jahresaufwand für die Städte über 50 000 Einwohner an Unterstützungen für die Wohlfahrtsarbeitslosen schätzungsweise auf 120 Millionen Mark, für die Gesamtheit der Gemeinden auf 180 Millionen Mark.

In einzelnen Städten verschärften sich diese Zahlen. Die Kommunen hätten die Reformbedürftigkeit des Arbeitslosengesetzes anerkannt, aber sie müßten vor einer Reihe von vorgeschlagenen Bestimmungen nachdrücklich warnen, weil sie nur eine Verschiebung der Lasten zugunsten der Gemeinden bedeuteten, die ohne gleichzeitige Änderung des Finanzausgleichs für die leistungsschwachen Gemeinden nicht tragbar seien.

Das Interesse der Versicherten und der Gemeinden trifft sich in dem Punkte, wo die Leistungen der Versicherung so herabgedrückt werden, daß sie zum lebensnotwendigen Unterhalt nicht mehr ausreichen und die Inanspruchnahme zusätzlicher öffentlicher Wohlfahrtsunterstützung notwendig machen. Es steht fest, daß schon heute die Regelhöhe der Versicherung ungefähr bis zur Lohngruppe VI unter den gemeindlichen Mitteln der Wohlfahrtspflege liegen. Jede weitere Min-

derung der Leistungen schließt also die große Gefahr weiterer Mehrbelastung der Gemeinden in sich.

Die Väter der „Reform“, die Industriellen, kannten natürlich auch die Wirkung ihres Werkes auf die Arbeitnehmerschaft. Aber gerade deshalb wollen sie ja verschlechtern, wollen sie die Sozialpolitik abbauen, weil eine verelendende Arbeiterschaft für die Kapitalisten Gewinn bedeutet. Eine Arbeiterschaft ohne jede Unterstützung während langer Arbeitslosigkeit ist ja für die Unternehmer das beste Ausbeutungsobjekt. Da könnten die „Herren“ die Ergebnisse der Rationalisierung bis auf den letzten Heller allein genießen. Nebenbei hatten die Kapitalisten und ihre politischen Vertreter die Hoffnung, es könne gelingen, durch den in die Koalitionsregierung des Reiches geworfenen Janakapfel die vier Sozialdemokraten aus der Regierung herauszubringen. Die Spekulation war nicht schlecht. Volkspartei und Deutschnationale wollen Ernte halten. Man erinnere sich nur, wie schnell die Deutschnationalen bei ihrer letzten Anwesenheit

..... wir sind arbeitslos.

Soviel weiß ich nun:
Ich soll nichts tun!
Ich soll die Zeit verlungern;
keine Werke schaffen —
wie die, die alles an sich raffen,
nur, daß sie nicht hungern
wie ich;
sie leben königlich.

Ich ging mit einem arbeitslosen
Kollegen an einem großen
Feld vorüber; das lag brach.
Nicht beachert, nicht besät!
Ist das nicht eine Schmach?
Es war fünf Acker groß.
Nicht beachert, nicht besät!
Und wir sind arbeitslos.

Paul Blom.

in der Reichsregierung es verstanden haben, einzuheimsen. Wiedereinführung des Einfuhrschecksystems auf Getreide und Ausdehnung dieses Systems auf die Schweine.

Daß die bürgerlichen Parteien, insbesondere, je weiter es nach rechts geht, kein Verständnis für eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen aufbringen können, das ist erklärlich. Desto mehr müssen wir immer und immer wieder betonen: Die Wirtschaft ist nicht da wegen der kleinen Schicht ihrer heutigen Nutznießer, sondern sie ist da für die Gesamtheit, und dazu gehören die Arbeitslosen. In dem gleichen Maße, wie mit Hilfe der Technik bei geringerer Zahl von lebenden Arbeitskräften die Produktion erhöht werden kann, in demselben Maße muß die Arbeitszeit verkürzt, müssen die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wieder eingegliedert, die Preise gesenkt, dadurch der Konsum erhöht werden usw. Das kann heute schon zum Teil erreicht werden, wenn die Arbeitnehmerschaft neben dem gewerkschaftlichen Kampf sich entsprechend ihrer Zahl im Reichsparlament und in Regierung und Verwaltung sich den nötigen Einfluß verschafft, um die Gesetzgebung entsprechend umzubauen. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir die Frage der Erwerbslosenunterstützung bzw. das gegenwärtige Verhalten der Parteien in Erinnerung bringen. Wenn sich dann die Arbeiterschaft durch das öde Geklaff der kommunistischen Presse nicht täuschen läßt, dann kommen unsere Vertreter in der Regierung aus der Umklammerung der bürgerlichen Parteien heraus. Die KPD. will ja nicht Politik, sondern Rabau machen.

Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft werden ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, um die Beschlüsse der Kommission zu verbessern, die den Unternehmern noch nicht genug Verschlechterungen bringen. Die Unternehmer lehnen die Erhöhung der Beiträge ab und treten dafür ein, ganze Arbeit zu leisten, das heißt die Gesetzesbestimmungen so zu ändern, daß das zu erwartende Defizit in Höhe von 279 Millionen Mark allein durch Minderleistung der Versicherung eingespart wird. Mit anderen Worten: Die Arbeitslosen sollen hungern. Auch der Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist ein Kampf um den Ertrag

Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterschaft.

Ziele der Rationalisierung.

Die Rationalisierung der Wirtschaft ist im Zeitalter des Industrialismus keine besondere Umstände bedingte Maßnahme, sondern ein immanenter Prozeß mit dem Ziele, jedes erdenkliche und geeignete Mittel anzuwenden, um den wirtschaftlichen Nutzen der menschlichen wie maschinellen Arbeit zu steigern. Darunter fallen nicht nur die Maßnahmen in der Produktion, die im einzelnen Fabrikbetriebe angewandt werden, um die Leistungen des Arbeiters durch zweckentsprechende Arbeitsorganisation und verschärfte Aufsicht oder mit Hilfe der Maschinenteknik, durch Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung zu steigern oder die menschliche Arbeitskraft durch arbeitssparende Maschinen zu ersetzen, sondern alle Maßnahmen, die sich auf die Organisation der Produktionskräfte und Absatzverhältnisse beziehen. Diesen Prozeß vom privatwirtschaftlichen wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ergibt, daß er in der industrialisierten Wirtschaft zwangsläufig notwendig und das Ziel auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in der nationalen wie internationalen Wirtschaft gerichtet ist. Weltwirtschaftlich ist dieser Prozeß ein Kampf der Völker um die Erhaltung und Ausweitung des Absatzmarktes entsprechend ihrer Produktionskapazität.

In einem solchen Kampfe um die Ausweitung des Absatzmarktes entsprechend ihrer Produktionskapazität steht die durch Krieg und Inflation heruntergekommene deutsche Wirtschaft, deren Absatzmarkt durch die Durchindustrialisierung der Welt eingeschränkt und weiter durch den Friedensvertrag von Versailles willkürlich verengt und begrenzt wurde. Der Verlust wertvoller Absatzgebiete auf dem Weltmarkte, die Beschränkung der Handelsfreiheit bis zum 10. Januar 1925 und der Verlust deutschen Gebietes bedeuten für das deutsche Volk eine starke Verengung des Lebenspielraumes; für die deutsche Wirtschaft mit ihren verhältnismäßig überalterten Produktionsmethoden eine Veränderung der Produktionsbedingungen sowie eine Neuorientierung nach Absatzmöglichkeiten. An dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist das ganze deutsche Volk interessiert, da die Zielfindung eine gemeinschaftliche und darauf gerichtet ist, den durch Krieg und seine Folgen verlorenen sowie verengten Lebensraum wiederzugewinnen und auszuweiten. Dieses ist aber nur möglich, wenn die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert und sich der veränderten Struktur in der Weltwirtschaft anzupassen in der Lage ist. Diese Anpassung der deutschen Wirtschaft an die veränderte weltwirtschaftliche Situation vollzieht sich seit der Stabilisierung der deutschen Währung und mit der Wiedergewinnung der Handelsfreiheit für die deutsche Wirtschaft.

Mit der 1924 einsetzenden und noch nicht vollendeten Reorganisation der deutschen Wirtschaft mußte naturgemäß eine Vereinnahmung der Wirtschaft von aller durch Krieg und Inflation aufgeschobenen Produktion folgen. Die in den Betrieben einsetzenden Rationalisierungsmaßnahmen mit ihren sozialen Folgen für die Arbeiterschaft durch Freisetzung der Arbeitskräfte, die Steigerung der Leistungen in den Betrieben durch neue Arbeitsmethoden, Verlängerung der Arbeitszeit, Lohndruck u. dergl., verbunden mit starken, kurzweiligen Konjunkturschwankungen, die von großer Arbeitslosigkeit begleitet wurden, haben in der Arbeiterschaft ein starkes Mißtrauen gegen diese Maßnahmen erzeugt. Die Arbeiterschaft erkennt nicht die Notwendigkeit, die Wirtschaft durch Reorganisation leistungsfähiger zu machen, da ja ihr Schicksal von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bestimmt wird. Sie verlangt aber, daß die Erfolge dieser Maßnahmen nicht einigen wenigen durch gesteigerten Profit zugute kommen und der Arbeiterschaft nur die Lasten überlassen werden, sondern daß sie dazu beitragen sollen, den Wohlstand des Gesamtvolkes zu heben.

Arbeiterschaft und Rationalisierung.

Genährt wird das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Rationalisierungsmaßnahmen durch die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz der Proletarisierung aller Volksschichten, die das Heer der nach Industriearbeit Suchenden vergrößert und damit die Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie für alle auf Industriearbeit Angewiesenen vermindert. Hinzu tritt die zunehmende Freisetzung von Arbeitskräften sowie die Freisetzung der männlichen Arbeitskraft durch die weibliche. Die den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer Gefallenen sind in steter Wanderung nach anderen Arbeitsmöglichkeiten bemüht, obwohl diese Wanderungen durch das überall vorhandene Überangebot an Arbeitskräften eingeeignet sind. Gelingt es den Arbeitssuchenden, wieder in den Betrieben unterzukommen, so können sie, soweit sie nicht Spezialarbeiter sind, damit rechnen, bei dem ersten Konjunkturwechsel als die im Betrieb zuletzt Eingestellten wieder zuerst entlassen zu werden. Bezeichnend sind hierfür die Bestrebungen in der Industrie, bei Neueinstellungen kurzfristige Arbeitsverträge abzuschließen.

Die Ansicht, daß die freigesetzten Arbeitskräfte durch neue Produktionsmöglichkeiten wieder aufgefangen würden, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Jahresberichte der Einzel- wie Gruppenunternehmungen, soweit sie sich über die Erfolge der Rationalisierungsmaßnahmen äußern, weisen Minderungen ihrer Arbeitnehmerzahl auf, die es unmöglich erscheinen lassen, die große Zahl freigesetzter Arbeitskräfte anderweitig wieder in Arbeit zu bringen. Dabei ist weiter zu beachten, daß in dem Maße, wie neue Produktionsmöglichkeiten aufkommen, alte Produktionszweige verschwinden.

Die „Bergwerkszeitung“ brachte in Nr. 80 vom 12. März 1926 einen Auszug aus dem Berichte der Kaliprüfungsstelle, der von Kassel aus verbreitet wurde.

Nach diesem Berichte ist die Zahl der Arbeiter im Kalibergbau von 78 Gesellschaften infolge der durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen von 48 999 im Jahre 1922 auf 21 267 im Jahre 1927, die der Angestellten von 4685 auf 2329 vermindert worden. Das bedeutet eine Gesamtverminderung der Arbeitnehmer um 58 Prozent, bei einer gleichzeitig gesteigerten Betriebsausnutzung von 55 Prozent. Die Produktion ist im Vergleich von 1913 um das Dreifache gestiegen. Ähnliche Ergebnisse findet man in fast allen Industriezweigen.

Die Umleitung freigesetzter Arbeitskräfte in eine andere Tätigkeit ist außerordentlich schwierig sowie von großer sozialer Not begleitet, und es ist Pflicht der Gesellschaft, die Folgen der Rationalisierung zu fragen und nicht lediglich die Arbeitnehmererschaft damit zu belasten.

Parallel mit den Rationalisierungsmaßnahmen laufen die Bestrebungen in der Industrie auf eine Konzentration der Betriebe und Kartellierung der Unternehmungen, deren Ursachen in produktions- und preispolitischen Gründen zu suchen sind. Das Ziel derartiger Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen liegt in der Beherrschung und Reglementierung des Marktes zum Schaden der Konsumenten. Diese Bestrebungen betrachten der Arbeiter auch als Rationalisierungsmaßnahme, aber nicht zum Zwecke, den Wohlstand zu heben oder den Lebenspielraum des Volkes durch gesteigerte Produktion auszuweiten, sondern mit dem einseitigen Ziele, den Unternehmensgewinn zu erhöhen. Die Lasten, die sich aus den Konzentrationsvorgängen durch Preisfestlegungen ergeben, hat die Arbeitererschaft gleichfalls zu fragen. Die Arbeitererschaft steht in den Rationalisierungsmethoden mit ihren Folgen einen weiteren Unsicherheitsfaktor, der ihre an sich unsichere Existenzlage weiter verschlechtert, sie sozial entwurzelt und heimlos macht.

Arbeitszeit.

Je mehr sich die sozialen Folgen der Rationalisierung für die Arbeitererschaft durch die steigende Freisetzung der menschlichen Arbeitskraft und durch die erhöhten Ansprüche an ihre Leistungsvermögen in den Betrieben bemerkbar machen, um so bedeutungsvoller wird für die Arbeitererschaft das Problem der Arbeitszeit.

Die Tätigkeit des Arbeiters im Betriebe ist organisiert und an den Gesamtmechanismus des Betriebes gebunden. Dieser Mechanismus kennt kein Halt, sondern volle Leistung oder vollen Stillstand. Die solidarische Organisation der Arbeit mit ihrer strengen, unpersönlichen, mechanisierten Betriebsdisziplin wirkt in ihrer Zwangsläufigkeit durch die Unterordnung des Arbeiters unter den Arbeitsmechanismus mit dem für die Dauer der Arbeitszeit ewigen Einerlei der Bewegungen und Tätigkeiten außerordentlich schnell ermüdend auf den Leistungswillen des Arbeiters. Der Verbrauch an Arbeitskraft durch die steigende Intensivierung der Leistungen wird durch die augenblicklichen Lohnverhältnisse nicht ausgeglichen. Damit wird die wirtschaftliche Nutzungshöhe der menschlichen Arbeitskraft überschritten, die sich für den Arbeiter in einem zu schnellen Verbrauch seiner Arbeitskraft bemerkbar macht. Das bedeutet für den Arbeiter ein frühes Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß und frühere Invalidität, obwohl er, da keine Arbeitskraft, die einzige Quelle seines Unterhaltes ist, danach streben muß, sich diese Quelle durch einen sparsamen Verbrauch möglichst lange zu erhalten. So wie der Unternehmer nicht gewillt ist, seine Betriebe über die für ihn wirtschaftliche Nutzungshöhe in Anspruch zu nehmen, so ist der Arbeiter nicht gewillt, seine Arbeitskraft über das für ihn wirtschaftliche Maß hinaus zur Verfügung zu stellen.

Der Arbeiter verlangt wegen des erhöhten Verbrauchs seiner Arbeitskraft, der in den heutigen Arbeitsmethoden begründet liegt, nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Weitere Minderung erhält dieses Verlangen durch die zunehmende Freisetzung von Arbeitskräften durch die Rationalisierung, von der jeder Arbeiter betroffen werden kann.

Die im Betriebe 8 bis 10 Stunden ununterbrochene Tätigkeit an der Maschine, am Fließband oder sonstigen Arbeiten, mit abgemessenem Leistungspensum, läßt im Arbeiter ein starkes Bedürfnis nach Entspannung und Erlebnissen aus dem Betrieb, seine Einrichtungen, die Maschine, sie kennen nur ein Leistungsverlangen, welches der Arbeiter zu erfüllen hat. Nur derjenige kann empfinden, welche seelischen Wirkungen bei den heutigen Arbeitsmethoden der Betrieb im Arbeiter auslöst, der selbst als Arbeiter ohne Aussicht auf bessere Lebensschancen gezwungen ist, seinen Lebensunterhalt durch Industriesarbeit zu verdienen. Nicht das Leistungsverlangen des Betriebes löst im Arbeiter den Leistungs-willen, sondern sein Lebenswille, das Verdienenwollen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Lebenswille und das Verdienenwollen bestimmen die Haltung des Arbeiters gegenüber seinem Betrieb und seiner Arbeit. Diese Anschauung mag für den Wirtschaftswissenschaftler merkwürdig sein, weil er gern seelische Werte sieht, wo keine mehr sind. Der Arbeiter ist gezwungen, die Dinge, die sein Leben bestimmen, mit eben solchen nüchternen Augen anzusehen, wie es der Unternehmer immer getan hat. Die Arbeit im Betriebe bedeutet für den Arbeiter kein Erlebnis mehr, da sie solches ja nicht mehr vermitteln kann. Sie bedeutet für ihn nur noch Leistung, und damit wird die Arbeit an die Peripherie seines seelischen Erlebens gedrängt. Der Arbeiter trachtet heute danach, sich möglichst von der Arbeit geistig zu entbinden. Arbeit, die er im Unterbewußtsein verrichten, sich während der Arbeit unterhalten bzw. über Erlebnisse oder über die Arbeit selbst nachdenken kann, wie er die Leistung steigern

kann, ohne sich mehr anstrengen zu müssen, oder überhaupt keine Arbeitskraft schonen kann, verrichtet der Arbeiter gern. Es ist bezeichnend, daß der Arbeiter bei solcher Arbeit selbst versucht, mit möglichst wenig Aufwand an Energie sein Arbeitspensum zu erledigen oder zu erhöhen. Bei Verrichtung solcher Arbeiten ist er es selbst, der rationalisiert, um seine Arbeitskraft zu schonen, eine Ermüdung möglichst zu vermeiden, und außerhalb des Betriebes nach der Arbeitszeit sich einer anderen sozialen Tätigkeit zu widmen.

Anderer Arbeiten, insbesondere Wiederholungsarbeiten, bei denen der Arbeiter zum mechanisierten Teil eines mechanisierten Systems wird, dessen Geschwindigkeit er willenlos unterworfen ist, mit Arbeitsbindung und Arbeitsvereinigung, so daß die für die Ausführung der Arbeitsvorgänge errechnete Zeit eingehalten werden muß, um Störungen zu vermeiden und die ganze Aufmerksamkeit des Arbeiters ununterbrochen in Anspruch zu nehmen, wirken auf den Arbeiter in seiner Betriebsarbeit sowie auf sein außerbetriebliches Verhalten hemmend und depressiv. In diesem Arbeiter drängt sich alles nach außerhalb des Betriebes, entweder um auszuspannen oder in der Suche nach Erlebnissen. Ist diese Arbeit noch mit schweren körperlichen Anstrengungen verbunden, so wird sie für den Arbeiter um so unerträglich, je früher die Ermüdung einsetzt und damit in der noch abzuleistenden Arbeitszeit durch den gleichbleibenden Arbeitsvorgang, die optimale Leistungsgrenze des Arbeiters sehr schnell übersteigt. Die technische Gestaltung der Arbeit erscheint ihm um so sinnwideriger, je mehr sie ihm die Möglichkeit der Verwurzelung mit der

Gebrauche deinen Geist!

Denke bis zu den letzten Konsequenzen, reihe nieder, was deinem Denken im Wege steht; selbst das Heiligste, das Unantastbare ist unheilig und ein Frevel, wenn es dem Gedanken nur Schranke ward. Denke — und du wirst reich, denke — und du wirst stark und froh. Wer, und ob er gleich hundert Jahre lebe, wird solchen Werdens ein Ende finden?
Lily Braun.

Arbeit und der Arbeitsstelle nimmt, die durch die starke Nutzung seiner Arbeitskraft keine erhöhten Verdienstmöglichkeiten gibt und ihn dabei noch zu einem frühen Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß zwingt. Darin sieht er allgemein eine Verschlechterung seiner Existenzlage.

Lohnpolitik.

Daß die Erfolge der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft durch die wirtschaftliche Weiterentwicklung in den industrialisierten Ländern und weiter durch die Durchindustrialisierung der Welt in ihrer Wirkung durch die Verschärfung des Wettbewerbs herabgemindert werden, ist auch dem Arbeiter verständlich. Nur sieht er diese Erfolgsminde rung weniger scharf, da sie ihm ja nicht augenscheinlich wird. Daß der Arbeiter die Erfolge der Rationalisierung in seiner Umgebung um so scharfer sieht, ist natürlich, da sie ja nicht nur für ihn augenscheinlich, sondern auch spürbar in seiner Arbeitsleistung werden. Dieses Spürbarwerden wird um so stärker empfunden, je mehr Opfer von ihm durch Leistungen verlangt werden, denen keine entsprechenden Gegenleistungen seitens des Betriebes gegenüberstehen. Von einer Senkung der Lebenshaltungskosten durch die Rationalisierung kann man im allgemeinen nicht sprechen. Die Arbeitererschaft hat in den letzten vier Jahren unter den schwierigsten Kämpfen die Löhne nicht an die Lebenshaltungskosten angleichen können. Diese Tatsache ist für die Arbeitererschaft um so bedeutungsvoller, weil sie trotz erhöhter Arbeitsleistungen keine Erhöhung des Reallohnes zu verzeichnen hat. Niemand wird wohl bestreiten können, daß augenscheinlich der Lohnanteil in den Herstellungskosten der Produktion infolge der gestiegenen Leistungen wesentlich gesenkt worden ist. Die meist wenig positive Anteilnahme der Arbeitererschaft an der Rationalisierung wird noch gefördert durch die mit der neuen Arbeitstechnik verbundenen neuen Formen in der Lohnfestsetzung. Zeitlohn wie Akkordlohn sind im Schwinden begriffen. An ihre Stelle tritt mehr und mehr der Pensumlohn, der unter Zugrundelegung des Tariflohnes für ein bestimmtes Arbeitspensum berechnet ist. Steigt der Arbeiter mit seiner Leistung über das festgesetzte Arbeitspensum, so wird er an der Mehrleistung durch eine Prämie beteiligt. Im Falle der Minderleistung wird sehr oft der Lohn entsprechend der Minderleistung gekürzt.

Bei der Fließ- und Bandarbeit ist die Form insoweit anders, als hier die Arbeitsverbindung mannlicher und maschineller Arbeit die Arbeiter als Gruppe bindet, die eine individuelle Steigerung oder Minderung der Arbeitsleistungen ausschließt, weil die Gruppe an die berechnete Ausführungszeit im Arbeitsvorgange gebunden ist.

Dieses sind die typischsten Formen der objektiv zu berechnenden Pensumarbeiten, die eine Gleichheit in der Entlohnung fordern und damit eine Angleichung der Lebenshaltung herbeiführen.

Es wird von Unternehmerseite oft behauptet, der Tarifvertrag nivelliere den Lohn und hemme die Leistungsfreude. Dagegen wäre vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus zu sagen, daß der Tarifvertrag nur scheinbar eine Angleichung veranlaßt. In Wirklichkeit ist er nur der notwendig gewordenen sozialpolitische Ausdruck der infolge der modernen Technik mehr und mehr zurücktretenden individuellen Leistung. Die Kollektivleistung steht heute im Vordergrund. Außerdem ist zu beachten, daß der Tarifvertrag einen gewissen Spielraum in der Bewertung besonderer Leistungen läßt. Je mehr aber die Mechanisierung zur Gruppenleistung drängt, um so stärker wird der Zwang in der Industrie, die einzelnen Arbeitsgruppen einheitlich zu entlohnen.

Für die Arbeitererschaft bedeutet die Gleichheit des Lohnes Gleichhaltung der Lebensweise und damit eine größere Solidarverbundenheit, die auf ihr solidarisches Verhalten und ihr Klassenbewußtsein einen nachhaltigen Einfluß ausübt. Der aus dieser Situation entspringende Kollektivwille, die Löhne über die Lebenshaltungskosten zu steigern, macht sich ja auch in der steigenden Beunruhigung des Wirtschaftslebens bemerkbar.

Wenn die deutschen Unternehmer die Rationalisierung der Wirtschaft als Lebensraumfrage für das deutsche Volk anerkannt wissen wollen, so wird ihnen dieses nur gelingen, wenn sie der Arbeitererschaft von dem durch die Rationalisierung eroberten Lebensraum ein ihrem Anteil entsprechendes Stück abtreten werden. Dadurch würde es auch möglich sein, in der Arbeitererschaft Kräfte zu entbinden, deren die deutsche Wirtschaft für die fernere Zukunft dringend bedarf, die auch in der Arbeitererschaft eine positive Anteilnahme an der Lösung zukünftiger Aufgaben herbeiführen würde.

Matthias Odenhaat.

Was Ausländer den deutschen Unternehmern entgegenhielten.

In dem schwerindustriellen Organ „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 188 befand sich kürzlich ein Artikel, der sich mit dem Youngplan beschäftigte. Er war überschrieben „Arbeits und sparet!“ Es gebe nur ein Gesetz, dessen Befolgung allein dem deutschen Volke wieder Unabhängigkeit und Zukunft sichern kann: Arbeits und sparet! Die alte Litanei, die wir seit Jahren zu hören gewohnt sind. In der Regel wird eine derartige Mahnung von Leuten ausgesprochen, die selbst nicht im entferntesten an solche Mahnungen denken.

Demgegenüber wirkt es erfrischend, wenn Wirtschaftspolitiker anderer Länder auf Grund ihrer Erfolge eine Wirtschaftspolitik befürworten, die u. E. eher zum Ziele führt. Auf dem Weltkongress sind zahlreiche Reden von internationalen Fachleuten gehalten worden. Wir wollen einige Stellen daraus zitieren. Ein englischer Redner, Sir Ernest Benn, sagte in einem Vortrage „Reklame und Lebensniveau“ u. a.: „Die Erhöhung des Lebensniveaus der ganzen Menschheit ist ein Problem von Verkauf und Verteilung. Die Volkswirtschaftslehre hat bisher weitläufig zuviel Aufmerksamkeit auf die Produktion und gar zu wenig auf den Konsum verwendet. Der Verbraucher ist notwendigerweise der Seniorpartner in Handel und Industrie. Der Luxus von gestern ist die Bequemlichkeit von heute und die Notwendigkeit von morgen.“ Der bekannte amerikanische Wirtschaftler Edward A. Gilens führte in seinem Vortrage „Reklame als Weg zum Weltfortschritt“ unter anderem folgendes aus:

„Massenherstellung bedingt Massenabsatz und hat wieder die Voraussetzungen niedrigerer Preise und hoher Massenkaufkraft. Als ich ein Junge war, glaubte ich, daß man ein Vermögen nur erarbeiten und ersparen könne, indem man die Gehälter und Löhne seiner Angestellten so niedrig wie möglich hielt und den eigenen Profit an die erste Stelle setzt. Der moderne Geschäftsmann weiß, daß dies falsch ist. Um unsere Waren abzusetzen, muß der Konsument das Geld haben, sie zu kaufen, und wer anders als unsere eigenen Angestellten sind unsere Abnehmer? Eine Herabsetzung der Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter kommt dem Verkauf gleich, sich seine eigene Nase abzuschneiden, um sein Gesicht zu ärgern. Der Unternehmer kann dadurch wohl die Produktionskosten etwas herabsetzen, aber er vermindert gleichzeitig seinen Verdienst um mindestens den gleichen Betrag. Niedrige Preise und hohe Löhne sind der einzige Weg zum Wohlergehen aller, zu Prosperität, d. h. zum allgemeinen Wohlstand, im Gegensatz zum angehäuften Reichtum einzelner weniger. Der Druck der Notwendigkeit wird früher oder später auch den europäischen Widerstand gegen hohe Löhne und billige Preise brechen, und daneben wird das Bedürfnis nach Absatzmärkten den Widerstand gegen die heutigen unmöglichen Zollmauern stetig vergrößern, bis eines Tages auch sie stürzen und die Vereinigten Staaten von Europa zur Tatsache werden. Man braucht nur zu überlegen, wie die heutige Lage der USA. sein würde, wenn jeder der 48 Staaten sich durch Zollmauern gegen einander schützen wollte. Schutzzoll ist ein unzutreffendes Wort und Denkfaulheit ein viel besseres dafür.“

Die Unfallstatistik des Jahres 1926.

Fast jeder Tag bringt neue Meldungen über Unglücksfälle, die sich in den Fabriken, in den Verkehrsbetrieben, in Steinbrüchen, in den Bergwerken ereignen. Gerade die letzten Monate und Wochen sind überaus reich an Katastrophen in den gewerblichen Betrieben, denen fast immer Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer fallen und dabei entweder ihr Leben einbüßen oder einen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit davontragen und ihr ferneres Leben als Krüppel bei ganztägiger oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit zubringen müssen. Wunden und Schmerzen, langes Siechtum und großer Verdienstausschlag ist das Schicksal derer, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit geopfert werden. Nach dem furchtbaren Brandunglück in der Radio- und Zellulosewarenfabrik in Berlin die Explosionskatastrophe in der Nürnberger Bleistift-lackiererei, die Explosion der Sauerstoffabrik Borstgwalbe und vor einigen Tagen das entsetzliche Bergwerkunglück in Schlefien, bei dem bisher 30 Arbeiter ihr Leben verloren.

Die Betriebe, in denen die privatkapitalistische Wirtschaft ihre Gewinne entstehen läßt, sind zu fürchterlichen Opferkisten geworden, zu denen in ununterbrochenem Zuge Opfer an Opfer geführt werden. Gewiß werden auch in der sozialistischen Gemeinwirtschaft Unfälle nicht ganz zu vermeiden sein, ganz sicher werden aber dann diese beklagenswerten Ereignisse auf ein möglichst geringes Maß herabgedrückt. Das ist möglich, weil in der sozialistischen Gemeinwirtschaft nicht

mehr das Gewinnstreben der Antrieb zur Produktion sein wird, weil nicht mehr des Profites wegen produziert wird, weil die Wirtschaft ausschließlich den Zweck verfolgen wird, auf eine möglichst leichte und vernunftgemäße Weise in möglichst zureichendem Maße die Bedürfnisse der Mitglieder der Gemeinschaft zu decken.

Aber das einzelne Unglück, das die Zeitungen melden, geht man bald zu wichtigeren Ereignissen über, der einzelne Tote, der einzelne Krüppel, der einzelne Verletzte mit seinen Wunden und Schmerzen wird bald vergessen. Abgesehen von seinen Angehörigen, die, des Ernährers beraubt, im Elend zurückbleiben, denkt bald niemand mehr an den Tag, an dem der fleißige Arbeiter ein Opfer seines Berufes wurde, wie es nachher immer so schön in den bürgerlichen Zeitungen heißt. Man stelle sich aber einmal die ganze Summe von Unglück und Not, von Elend und Jammer vor, die im Laufe eines Jahres durch die unzähligen Betriebsunfälle aufgedrückt wird. Dann bekommt man erst den rechten Eindruck von den Sekatomben, die dem Molooh Kapitalismus alljährlich geopfert werden. Im Jahre 1926 gab es nach den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ bei sämtlichen Berufsgenossenschaften

1 015 070 Verletzte.

Davon waren 126 677 Schwerverletzte, an die Unfallentschädigungen gezahlt werden mußten, 8121 Tote belasten das Konto des Jahres 1926 der kapitalistischen Wirtschaft. 126 667 Schwerverletzte und 8121 Tote in einem Jahre, das sind in einem Monat

10 555 Schwerverletzte, 876 Tote.

Das sind, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 422 Schwerverletzte, 27 Tote,

die täglich auf dem Schlachtfelde der Arbeit ihr Blut und ihre Gesundheit, wenn nicht gar ihr Leben opfern müssen. Das ist eine grausige Statistik. Stündlich 1 Toter, stündlich 17 Schwerverletzte. Wieviel Not und Elend, wieviel Herzleid verbirgt sich hinter diesen nüchternen Zahlen!

Die Unfallstatistik für das Jahr 1926 ergibt folgendes Bild, das zugleich einen Vergleich mit den beiden vorhergehenden Jahren ermöglicht:

Table with 7 columns: Jahr, Zahl der versicherten Personen, Verletzte an die oder an deren Angehörige Entschädigungen gezahlt wurden, Davon waren neu hinzugekommen, Darunter völlig Erwerbsunfähige, Tote, Gesamtzahl der Unfallmeldungen. Rows for 1924, 1925, 1926.

Die Zahl der Betriebe ist gestiegen, die der versicherten Personen dagegen zurückgegangen. Gestiegen sind aber die Zahlen in allen anderen Rubriken! Trotz der verminderten Arbeiterzahl eine größere Zahl von Unfällen, von Schwerverletzten, die eine Rente bekommen müssen, eine größere Zahl von völlig Erwerbslosen, von Toten. Die Rationalisierung mit ihrem gesteigerten Arbeitstempo, mit ihrer erhöhten Ausbeutung der Arbeitskraft fordert auch eine größere Anzahl von Arbeitsopfern. Die Rationalisierung zu dem Ziel zu führen, das das Wort andeutet, zu einer vernunftgemäßen Arbeitsweise mit einer möglichst geringen Zahl von Unfällen, muß das Bestreben jeder wirklichen Wirtschaftspolitik und aller Sozialpolitik sein. Es wird auch ferner eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein, all ihren ungeheuren Einfluß zu diesem Zwecke in die Waagschale zu werfen, um Arbeitsleid und Arbeitsopfer auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken.

Uns interessieren natürlich besonders die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die bei diesen gemeldeten Unfälle. Über diese unterrichtet die folgende Tabelle:

Table with 7 columns: Jahr, Gemeldete Unfälle, Davon führten zum Tode, zu völliger Erwerbsunfähigkeit, zu teilweiser Erwerbsminderung, Auf je 1000 Versicherte entfielen Tote, teilweise Erwerbsunfähige, Unfälle überhaupt. Rows for 1924, 1925, 1926.

Wir sehen, daß die Zahl der Unfälle absolut und verhältnismäßig (auf 1000 Arbeiter berechnet) gestiegen ist. Besonders hoch war die Zahl der tödlichen Unglücksfälle im Jahre 1925.

Auf die Berufsgenossenschaften, die für die Industrien zuständig sind, die zum Arbeitsgebiet unseres Verbandes gehören, verteilen sich die Unfälle wie folgt:

Table with 5 columns: Berufsgenossenschaft der, Zahl der versicherten Personen 1925, Zahl der versicherten Personen 1926, Gemeldete Unfälle 1925, Gemeldete Unfälle 1926. Rows for Chem. Industrie, Papiermacher-Industrie, etc.

Die Zahl der versicherten Personen ist in fast allen Berufsgenossenschaften zurückgegangen, dagegen sind die Unfälle

überall zahlreicher geworden. Die absolut meisten Unfälle ereigneten sich in der chemischen Industrie; das nimmt auch nicht wunder angesichts der vielfachen Gefahren, die den Arbeiter gerade in der chemischen Industrie umlauern. Verhältnismäßig sehr viele Unfälle geschahen auch in der Ziegelei-, in der Papier- und in der Glasindustrie. Prozentual wenig Unfälle sind aus der Nahrungsmittelindustrie gemeldet.

In bezug auf den Prozentsatz der entschädigten Unfälle steht die Zuckerindustrie am günstigsten da. In ihrer Berufsgenossenschaft wurden 12,11 Prozent der gemeldeten Unfälle entschädigt. Aber gegenüber dem Jahre 1925 ist hier ein Rückgang eingetreten. Im Jahre 1925 wurden 12,55 Prozent aller gemeldeten Unfälle entschädigt. Das Bestreben, die Zahl der Entschädigungsfälle möglichst zu verringern, tritt hier deutlich zutage. Den niedrigsten Prozentsatz der entschädigten Unfälle treffen wir in der Nahrungsmittelindustrie, 6,91 Prozent der gemeldeten Unfälle wurden entschädigt. Hier ist der Rückgang der entschädigten Unfälle noch auffälliger, im Jahre 1925 wurden 8,12 Prozent der Unfälle entschädigt. Eine Besserung in dieser Beziehung ist in der Glas- und in der Töpferei-Berufsgenossenschaft zu verzeichnen. Oder geschahen in diesen Industrien im Jahre 1926 verhältnismäßig mehr schwere Unfälle (als am Jahre 1925), die entschädigt werden mußten?

Die folgende Tabelle zeigt nun, wie die Unfälle in den uns interessierenden Industrien sich auswirkten.

Table with 6 columns: Berufsgenossenschaft der, Tote 1925, Tote 1926, Völlig Erwerbsunfähige 1925, Völlig Erwerbsunfähige 1926, Sum ersten Male entschädigte Hinterbliebene 1925, Sum ersten Male entschädigte Hinterbliebene 1926. Rows for Chemischen Industrie, Papiermacher-Industrie, etc.

Die chemische Industrie steht an der Spitze, was die Folgen der Unfälle anlangt. 160 Tote, 21 Schwerverletzte, die dauernd völlig erwerbslos blieben, das ist das furchtbare Ergebnis eines Jahres in der chemischen Industrie. Die hohe Zahl ihrer Toten wird prozentual aber noch übertroffen von der Schreckenszahl der Toten in der papierherstellenden Industrie: 85 Tote, aber nur 3 Schwerverletzte gibt diese Berufsgenossenschaft an. Aber auch in den anderen Industrien ist die Zahl der Toten verhältnismäßig sehr hoch, abgesehen von der Töpferei- und Porzellanindustrie.

Die Schreckensbilanz, die sich in den verschiedenen Aufstellungen kundgibt, zeigt mit furchtbarer Deutlichkeit, über wieviel Leiden, durch wieviel Blut der Weg des Kapitals zum Profit führt. Zu vielfach unzureichenden Löhnen neben der gewaltig gesteigerten Arbeitsleistung auch noch eine Häufung der Unfallgefahren, das sind die Segnungen des modernen Kapitalismus. Die Arbeiterschaft kann ihnen nur durch eigene entschlossene Tätigkeit entgegenwirken. „Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun!“ Seit Jahrzehnten erheben die freien Gewerkschaften, erhebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Stimmen für Arbeiterschutz, für Verkürzung der Arbeitszeit, für ausreichende Löhne, für Sozialversicherung. Zweifellos ist auf diesem Wege schon viel erreicht, nicht zuletzt durch die Arbeit des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Daß aber noch viel zu tun bleibt, lehren die erschütternden Zahlen, die wir hier aufgezeigt haben. Neben der Mahnung zu äußerster Vorsicht bei der Arbeit, zu peinlichster Beachtung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften richten wir an unsere Kollegen wie an die gesamte Arbeiterschaft die Aufforderung zu tatkräftiger entschlossener Mitarbeit zur Verbesserung des Arbeiterschutzes in jeder Beziehung, wie zur Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung, jeder Pfennig Lohnerhöhung vermindert die Unfallgefahren, erhöht den Anteil der Arbeiterschaft an Lebensglück und Lebensfreude. Der Unfallteufel muß an allen Punkten des Arbeitslebens mit überall gleicher Energie bekämpft werden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Der einzige Weg dazu geht aber durch die gewerkschaftliche Organisation!

Seit 1924 ungünstige Entwicklung der Reallohne.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlicht seit 1924 vierteljährlich vergleichende Statistiken über die internationale Entwicklung der Reallohne. Die Löhne und die Lebenshaltungskosten in 18 großstädtischen Berufen, die überall angeeignet werden, werden aus 20 Ländern berichtet, auf deren Grundlage unter Berücksichtigung der verschiedenen Lebensgewohnheiten in den einzelnen Ländern Indexzahlen verfertigt werden. So sehr auch die Methoden des Reallohnvergleichs und das ihm zugrunde liegende Material noch verbesserungsbedürftig sind, so erlaubt uns doch die fortlaufende Beobachtung der Indexzahlen die Bewegung der Reallohne — nach aufwärts oder nach unten — zu verfolgen. Aus dem Vergleich der Reallohne in den verschiedenen Ländern ergibt sich die Tatsache, daß die Reallohne in der Welt 1928 im allgemeinen niedriger waren als 1924. Sie ist um so auffälliger, als im Jahre 1928 sinkende Preise für Lebensmittel und Industrieprodukte in den meisten Ländern zur Steigerung der Reallohne gegenüber 1927 führten — dennoch waren die Reallohne 1928 in den Großstädten der meisten Länder niedriger als 1924.

Wenn man die Reallohne in London für Juli 1924 gleich 100 setzt, so betragen sie im

Table with 3 columns: Stadt/Land, Juli 1924, Oktober 1925. Rows for Brüssel (Belgien), Lissabon (Portugal), etc.

In allen diesen Ländern ist der Reallohn zurückgegangen. Es gibt nur wenige Länder, in denen die Reallohne 1928 höher waren als 1924. Die Reallohnsteigerung in Berlin von 55 auf 75 ist allein

der Tatsache zuzuschreiben, daß die deutschen Löhne 1924 nach der Stabilisierung vorübergehend auf einem für längere Zeit untragbar niedrigen Stand festgesetzt wurden. Die italienischen Reallohne waren in Mailand Oktober 1928 um 15 Prozent, in Rom jedoch nur um etwa 2 Prozent höher als Juli 1924; ihre Indexzahlen betragen aber (London = 100) auch Oktober 1928 nur 53 bzw. 47, was den außerordentlichen Tiefstand des italienischen Lohnniveaus beleuchtet. In London (England), Kopenhagen (Dänemark) und Stockholm (Schweden) waren die Reallohne 1928 höher als 1924. Im ganzen zeigt die Beobachtung der Reallohnentwicklung für einen längeren Zeitraum eine für die Arbeiterschaft ungünstige Entwicklung der Reallohne in sämtlichen Industrieländern trotz erheblicher Erweiterung und Rationalisierung der Produktion über das Ausmaß der Bevölkerungszunahme hinaus. Der Anteil der Arbeiterklasse wurde zugunsten der Gewinne der Unternehmer verkleinert.

Rußland — China.

Der Konflikt im Osten.

Am 27. Mai ist die chinesische Postzeitung in Charkow (Mandschurei) mit Gewalt in das russische Generalkonsulat eingedrungen, hat, nach einer brutal durchgeführten Durchsuchung 45 Sowjetbürger verhaftet, darunter auch den Generalkonsul. Darauf überreichte Rußland an China eine Protestnote (31. Mai), worin gegen die Verletzung der Völkerrechtsnormen protestiert und den Vertretern Chinas die Exterritorialität entzogen wurde. China zog nun seinen Geschäftsträger aus Rußland zurück. Die Antwort auf die russische Protestnote blieb vorläufig jedoch aus. Am 10. Juli hat sich nun China in den Besitz der ganzen Ostchinesischen Eisenbahn gesetzt. Die an der Bahn beschäftigten russischen Arbeiter wurden entlassen, die Beamten teilweise verhaftet, ausgewiesen usw. Darauf entsandte die Sowjetregierung ein Ultimatum, das im wesentlichen eine Wiederherstellung des alten Zustands forderte. China nahm jedoch das Ultimatum nicht an, sondern erzwang sich zu diesen Handlungen berechtigt, da das Personal der Bahn eine bolschewistische Propagandazelle sei; es ist aber zur Aufnahme von Verhandlungen bereit. Die Sowjetregierung lehnte diese Antwort als ungenügend ab und bricht jede diplomatische Beziehung mit China. Amerika greift zur Vermittlungssaktion. Rußland lehnt jedoch jede Vermittlung ab, bis durch China wieder der alte Zustand hergestellt ist. Amerika findet diese Forderung der Sowjetunion berechtigt, und damit wird China zur Erklärung gezwungen, daß die chinesischen Militärs ihre Befehle überschritten hätten und China im Prinzip mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes einverstanden sei. Damit ist die Möglichkeit zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes gegeben.

Während sich diese Dinge ereigneten, finden wir in der bolschewistischen Presse starke Angriffe gegen China. Sie sprechen von einer vorbereiteten Offensive des internationalen Imperialismus gegen den „einzigen Arbeiterstaat“. Man hört von englischen Intelligen, von japanischen Geheimabkommen mit China (1), ja in den letzten Wochen werden sogar sozialistische Parteien (auch in Deutschland) der Verbrüderung mit der Rantking-Regierung bezichtigt. Wie verhält sich die Sache nun in Wirklichkeit? Wer ist Imperialist, Rußland oder China?

China ist ein außerordentlich großes und fruchtbares Land. Das eigentliche China mit den formell dazu gehörigen Außenländern zählt nahezu 11 Millionen Quadratkilometer Bodensfläche. Auf diesem Gebiet befinden sich etwa 430 Millionen Menschen, die meistens Bauern, durch intensive Gartenbauwirtschaft sich ernähren. Diese Art des Ackerbaues hat es den Chinesen durch Jahrhunderte ermöglicht, die Bedürfnisse der zahlreichen Bevölkerung aus dem Ertrag des eigenen Erdreichs zu befriedigen. Nachdem England im Laufe des 17. Jahrhunderts seine Herrschaft in Indien befestigt hatte, versuchte es, sich für den Verkauf von Opium in China eine Handelsbasis zu schaffen. Das gelang ihm in den Opiumkriegen, in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. In dem „Frieden“ von Nanking erhielt England eine Reihe von Niederlassungen und die erste Serie von Vertragshäfen. Mit dem Opiumkrieg und den dadurch entstandenen Kriegsschulden beginnt die Verkläpung des chinesischen Volkes. Die Engländer, und dann auch die anderen Ausländer, die in China leben, wurden nur der Gerichtsbarkeit des eigenen Konsulats unterstellt. Durch das spätere Eindringen der imperialistischen Mächte begann die Soldatatur über China. Dazu kam die Steuerfreiheit der Ausländer und ihrer Geschäftsunternehmungen in China, was zum vollständigen Ruin der chinesischen Finanzwirtschaft und einer noch größeren Abhängigkeit von dem Imperialismus führte.

Bei einem erfolgreichen Eindringen der Engländer in China konnten die anderen imperialistischen Mächte nicht untätig bleiben. Rußland nahm die Mandschurei, Frankreich das Gebiet von Annam, Japan nahm Formosa und die anderen Inseln, und Deutschland „pachtete“ die Kiautschou-Bucht. Sie alle eroberten sich Vertragshäfen und alle die anderen imperialistischen Vorrechte. Man wollte China dem Welthandel erschließen, was mit dem Mittel der Schifffahrt erreicht wurde. Doch die handelsindustrielle Ausbeutung des weiteren Hinterlandes war nur auf dem Wege des Eisenbahnbauens möglich. Nun beginnt ein Rennen der Imperialisten um die Eisenbahnkonzessionen. Unter ihnen hatte Rußland den größten Erfolg, das mit seinen finanziellen Beteiligungen an den chinesischen Bahnen noch heute an erster Stelle steht. (36 Prozent.) Es handelt sich um die Ost-China-Bahn, mit der Rußlands Drang nach dem Osten immer verbunden war. Man wollte später aus der Mandschurei einen russischen Besitz machen. Aus diesem Grunde baute man die Ost-China-Bahn, vereinbarte mit China (1896), daß es 36 Jahre nach der Errichtung der Bahn die gesamten Anlagen zurückkaufen kann. Nach dem Friedensvertrag von Portsmouth (1905) war Rußland gezwungen, den südlichen Teil der von ihm gebauten Bahn an Japan abzutreten. Seitdem war die Mandschurei in zwei Einflusssphären getrennt, und nun folgte ein Kampf dieser beiden Mächte um die Vorherrschaft auf diesem Gebiet.

Das Ziel aller revolutionären und nationalen Bewegungen in China seit dem Boxeraufstand war: Kampf den Imperialisten, Befreiung ihrer Vorrechte. Mit der Beendigung des Bürgerkrieges und der zunehmenden nationalen Konsolidierung konzentriert sich Chinas Politik immer mehr auf das eine Ziel: Die Befreiung von China! Damit werden auch die Fragen in der Mandschurei aufgerollt. Es erdnt in China der Ruf: Die chinesischen Eisenbahnen den Chinesen! Zuerst hatte die Sowjetregierung auf alle Sondervorrechte und Kapitalifikationen in China feierlich verzichtet. Fordert doch die bolschewistische Theorie über den Imperialismus, daß sich der „einzige Arbeiterstaat“ mit allen kolonialen und halbkolonialen Ländern solidarifizieren müsse. (Daher auch der Geheimvertrag zwischen den Bolschewisten und Tschiangkaihek, den man heute zu leugnen sucht.) Trotz der Verkündung dieses revolutionären Grundgesetzes wurden die von dem alten Rußland übernommenen imperialistischen Rechte über die Ost-China-Bahn aufrechterhalten, obwohl sie durch rein chinesisches Gebiet geht. Durch die russisch-chinesischen Abmachungen (31. Mai 1924) ist die Ost-China-Bahn als privatrechtliches Unternehmen der gemeinsamen Verwaltung beider Regierungen unterstellt. In dem Artikel 2 (Abschnitt 9) erklärt sich die Sowjetregierung mit dem Loskauf der Eisenbahn durch die chinesische Regierung — doch nur mit chinesischem Kapital — grundsätzlich einverstanden. Damit sollte natürlich Japan ausgeschlossen werden. Ferner wurde vereinbart, auf einer Konferenz beider Staaten alle die Grundprobleme, die mit der Ost-China-Bahn zusammenhängen, zu lösen. Doch eine solche Konferenz hat niemals stattgefunden. Durch seine Politik der „revolutionären Interventionen“ hat sich die Sowjetregierung das Vertrauen, das sie vor zwei Jahren in China genoss, gänzlich verlohren. Die Frage der friedlichen Lösung des Problems verpakt. So wurden die Bolschewisten von China nun vor vollendete Tatsachen gestellt.

Damit steht fest, daß Rußland es ist, das in dieser Frage imperialistische Politik betreibt. Das halbkoloniale China will sich befreien, will die Fesseln der imperialistischen Mächte abschütteln. Bei dieser Politik findet China die Unterstützung Rußlands, wenn China diesen Grundgedanken gegenüber den anderen imperia-

ihmischen Staaten zu verwirklichen sucht. Doch will China auch die russischen Vorrechte beseitigen, so beruft sich Russland auf die alten imperialistischen Verträge, spricht von Geheimabkommen zwischen Japan und China, stellt Ultimaten, fordert die Wiederherstellung des alten imperialistischen Zustandes, gebärdet sich ganz so wie die anderen imperialistischen Mächte sonst auch. Und das Schlimmfte: Man sucht der Arbeiterschaft weiszumachen, daß die Imperialisten den „einzigsten Arbeiterstaat“ vernichten wollten, fordert sie auf, gegen China und die Imperialisten zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterschaft bedankt sich für diese Aufgabe; sie läßt sich nicht für die imperialistischen Bestrebungen der Bolschewisten mißbrauchen. Nur wenn die Bolschewisten auf eine friedliche Lösung der Frage, auf einen Loskauf der Ost-China-Bahn durch die Chinesen, hinwirken, werden sie die Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft finden. **Ulrich Schweiger.**

Internationale Arbeiterbewegung.

Sechster internationaler Keramarbeiterkongreß in Kopenhagen.

Vom 14. bis 18. August tagte der sechste internationale Kongreß der Föderation der Keramarbeiter in Kopenhagen.

Der internationale Sekretär Georg Wollmann (Berlin) gab seinen Tätigkeitsbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß der Föderation gegenwärtig 750 000 Mitglieder angehören; 147 376 waren es am Schluß des Jahres 1928, 131 275 am Jahresschluß 1927. Der gegenwärtige Kassenbestand beträgt 9517 RM.

Die Verschmelzungsfrage, zu der ein Vorschlag der Exekutive der internationalen Föderation der Glasarbeiter und ein Antrag der holländischen Gruppe vorlag, Verschmelzungsverhandlungen mit den Vorständen des Glas- und Fabrikarbeitersekretariats einzuleiten, wurde eingehend beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde in folgender Entschließung festgehalten:

„Der sechste Kongreß der internationalen Föderation der Keramarbeiter beauftragt das internationale Komitee, die Zweckmäßigkeit und die erforderlichen Voraussetzungen einer Verschmelzung mit den internationalen Vereinigungen der Glas- und Fabrikarbeiter — oder auch nur mit einer dieser Vereinigungen — baldigst eingehend zu erörtern und gegebenenfalls mit den Leitungen dieser internationalen Vereinigungen Beratungen zur Vorbereitung einer Zusammenlegung herbeizuführen. Dem nächsten Kongreß ist über die Angelegenheit zu berichten.“

Der internationale Sekretär Wollmann hatte zum Ausdruck gebracht, daß er die Sekretärgeschäfte nicht mehr weiter zu führen vermag. Daraufhin wurde der Zentralbranchenleiter der Feinkeramik, Tuisco Apel (Berlin), zum internationalen Sekretär der Föderation der Keramarbeiter und Paul Miertschke (Berlin) zum Stellvertreter gewählt. Wollmann war 24 Jahre in der internationalen Föderation tätig und einer ihrer Mitbegründer. Zum Dank für seine Mühe und Aufopferung wurde ihm als Anerkennung ein Geschenk überreicht.

Zum Tagungsort für den nächsten Kongreß wurde Limoges in Frankreich, die französische Porzellanstadt, bestimmt.

Der eindrucksvollste und ergreifendste Moment des Kongresses war jedoch der offizielle Abschied vom greisen Porzellanvater Georg Wollmann. Mit ihm schied die Generation, die die Organisationsentwicklung einleitete und gestaltete, aus der Führung. Möge es der gegenwärtigen, die Leitung übernehmenden Generation gelingen, ebenso fruchtbare Tätigkeit zum Wohle der internationalen Keramarbeiterschaft zu leisten; dann wird die Zeit bald da sein, wo die Arbeiter mitbestimmend und mitgestaltend eine neue Wirtschaftsordnung aufbauen. **Edwin Nenninger.**

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Jambusch Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Bundesvorsitzende des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 13. August den Nachfolger Siegerwalds gewählt, der durch die Übernahme des Vorsitzes der Reichstagsfraktion des Zentrums genötigt war, den Vorsitz im Deutschen Gewerkschaftsbund niederzulegen. Gewählt wurde der Vorsitzende des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter, Heinrich Jambusch, der auch Mitglied des Reichstags ist und zum linken Flügel der christlichen Gewerkschaften gehört. Er ist einer der ältesten und erfahrensten Gewerkschaftler der christlichen Gewerkschaften.

Rundschau.

Professor Hornepfers „Wissenschaft“.

Der bekannte Professor Hornepfer in Gießen schreibt in einer „Frevel am Volk“ besetzten Broschüre, in der er die Sozialpolitik bekämpft:

„Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Peitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann ist sie nichts mehr, dann erschaffen sie, dann erschaffen sie — erschafft die Arbeiterschaft.“

Jamohl, das werkt man bei manchem unserer „Wissenschaftler“. Sie können geistig nichts mehr leisten als leichte Ergüsse. Diese Herren müssen erst richtig hungern, damit ihre „erhabene“ geistige Arbeiterschaft wieder gesund wird, d. h. damit sie wieder logisch denken lernen.

Gelbe und ihre geistig Verwandelten.

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Theodor Wolff, schrieb in seinem Sonntagsartikel vom 4. August:

„Wenn alle Anhänger und Anhängerin der bewußt gegen den Staat arbeitenden Klänge Kampfnaturen sind, dann gehören zur Gestaltung des kelis leo (Lösenbauge, Die Red.) auch die Hammel, die man über die Heide treibt. Viele Kämpfer, viele Sturmgewaltigen bemerken gar nicht, daß sie nicht sind als eine Leibgarde antizipationaler Gewerkschaften, Kämpfer vor den Geldhaken herrschender Schwerkinder.“

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang August 1929.

Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt scheint recht frühzeitig einzusetzen. Von Mitte bis Ende Juli ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen-Versicherung nur um 10 000 zurückgegangen. Die Zahl der von der Arbeitslosen-Versicherung unterstützten Erwerbslosen ist um rund 38 000 zurückgegangen. Bei diesem Rückgang dürfte sich die Verordnung vom 29. Juni auswirken. Auf jeden Fall wird die Gesamtzahl der Erwerbslosen höher sein, als die amtlichen Zahlen es erkennen lassen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt folgende Übersicht:

	Zahl der		
	unterstützten Erwerbslosen	Arbeitslosen	Insgesamt
30. Dezember 1928	1 702 000	127 000	1 829 000
31. Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000
28. Februar 1929	2 460 000	162 000	2 622 000
31. März 1929	1 885 000	192 000	2 077 000

	Zahl der		
	unterstützten Erwerbslosen	Arbeitslosen	Insgesamt
30. April 1929	1 128 000	198 750	1 326 750
31. Mai 1929	808 000	203 000	1 011 000
30. Juni 1929	722 948	209 631	932 579
31. Juli 1929	710 000	153 000	863 000

Von unserer Arbeitslosen-Statistik wurden 452 072 Mitglieder erfasst, oder 94,2 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. 63 Zahlstellen mit 28 816 Mitgliedern fielen ganz aus. Die Berichtskarten gingen entweder gar nicht oder verspätet ein. Von den durch die Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 34 755 oder 7,6 v. H. arbeitslos und 20 241 oder 4,4 v. H. arbeiteten verkürzt. Anfang Juli waren es 7,5 v. H. Arbeitslose und 3,8 v. H. Kurzarbeiter. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

	Von je 100 Mitgliedern											
	waren arbeitslos						arbeiteten verkürzt					
	Ende Juni 1929		Ende Juli 1929		Ende Juni 1929		Ende Juli 1929		Ende Juni 1929		Ende Juli 1929	
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:	7,2	8,5	7,5	7,4	8,4	7,6	3,2	5,8	3,8	3,7	6,9	4,4
In der Industriebranche:												
Chemische Industrie	4,8	9,2	5,8	5,2	9,4	6,2	1,9	3,9	2,4	2,9	7,4	4,0
Papier-Industrie	5,4	5,6	5,4	5,1	5,7	5,2	3,3	8,3	4,4	2,6	3,9	2,9
Nahrungsmittel-Industrie	8,4	11,0	9,1	9,3	11,5	9,9	1,7	0,4	1,4	1,9	0,8	1,6
Spielwaren-, Blumen-Industrie	14,4	11,3	12,6	12,4	7,7	10,0	16,7	20,1	18,6	16,6	15,2	15,9
Sonstige Industrien	13,6	10,2	12,7	13,8	9,3	12,6	1,2	1,9	1,4	1,6	2,1	1,8
Keramischer Bund insgesamt:	8,0	7,7	7,9	8,1	7,4	8,0	4,0	6,9	4,6	4,3	7,1	4,8
a) Porzellan-Industrie	10,5	9,2	10,0	9,3	8,1	8,8	13,6	10,7	12,5	14,1	10,5	12,8
b) Glas-Industrie	11,2	7,7	10,6	12,6	9,4	12,1	2,8	7,1	3,5	4,2	9,4	5,0
c) Grobkeramik und Baustoffe	5,6	5,4	5,5	5,5	5,1	5,5	1,5	0,9	1,4	1,3	0,8	1,3

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist wohl von 35 168 Anfang Juli auf 34 755 Anfang August zurückgegangen. Dafür ist aber der Prozentsatz der Arbeitslosen im Gesamtverband, berechnet auf Grund der Mitgliederzahl, über die berichtet wurde, von 7,5 Anfang Juli auf 7,6 Anfang August gestiegen. Diese Steigerung beruht darin, daß die Zahl der Mitglieder, für die nicht berichtet wurde, größer ist als im vergangenen Monat. Zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in der Papier-, Spielwaren- und Porzellanindustrie. Außerdem ist in der Gruppe „Sonstige Industrien“ ein Rückgang zu verzeichnen. Der Rückgang ist in den aufgeführten Gruppen mit Ausnahme der Spielwarenindustrie unbedeutend. Gestiegen ist die

Arbeitslosigkeit in der chemischen, Nahrungsmittel- und Glasindustrie. In der grobkeramischen Gruppe ist die Arbeitslosigkeit unverändert geblieben. Die Kurzarbeit ist weiter gestiegen. Nur in der Papier-, Spielwaren- und grobkeramischen Industrie ist die Kurzarbeit zurückgegangen. Von ein einzelnen Landesstellen steht diesmal Schlesien mit der Arbeitslosigkeit an der Spitze. Hessen und Ostpreußen folgen hinterher. In allen drei Landesstellen ist aber auch gegen den Vormonat die Arbeitslosigkeit stärker geworden. Auch in Pommern, Niederachsen und im Rheinland ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Brandenburg hat die günstigste Arbeitsmarktlage; mit einem kleinen Abstand folgt Westfalen. R. W.

trieller, eine freiwillige Jugendtruppe, die der Kriegsgewinnler und Inflationsausbeuter sich ebenso dienstbar macht wie er, in diesem Falle zahlend, Zeitungen und Zeitungsschreiber erwarb. Diese jugendlichen Idealisten werden, wie die „Frontsoldaten“ des Stahlhelms, an der Leine gelenkt von einem Unternehmerkonsortium, das den neuen Staat haßt, weil er den arbeitenden Schichten zwar sonst nicht viel, aber immerhin einen Wählereinfluß und das Selbstgefühl des freien Staatsbürgers gegeben hat.“

Nur schade, daß die an der Leine gelenkten Hammel nichts davon merken, wie man sie mißbraucht.

Kinderelend in Russland.

Das Zentralbüro der jungen Pioniere beim Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion hat durch ein „Offenes Schreiben an das Volkskommissariat für Volksbildungswesen“ in der „Komsomolskaja Pravda“ vom 25. Juli die Öffentlichkeit alarmiert. In diesem „Offenen Schreiben“ heißt es einleitend:

„Nach den verschiedensten Angaben aus allen Ecken der Sowjetunion gibt es bei uns über eine Million Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren, die Lohnarbeit leisten müssen. Davon sind über 300 000 minderjährige Knechte und Hirten in der Landwirtschaft, einige Zehntausende minderjährige Kinderfrauen, einige Hunderttausende Kinder, die in der Heimindustrie beschäftigt sind. Tausende Zeitungsausstreuer, fliegende Händler, Stiefelpulver usw. Die Angaben des statistischen Zentralamtes sprechen von einer ununterbrochenen Zunahme der Lohnarbeit von Kindern in der Landwirtschaft, der Heimindustrie und bei privaten Unternehmern.“

Die Kinder sind Opfer einer erbarmungslosen Ausbeutung. Oft müssen Kinder im Alter von 9 bis 11 Jahren vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten. Williges Fehlen eines Schulunterrichtes, schlechte Ernährung und rohe Behandlung, das ist es, was diese Kinder umgibt. Kein Wunder, daß sie, wehrlos und durch Schläge bedrückt, zu schwachen, kränklichen und unentwickelten Menschen heranwachsen...“

Karl Marx in Russland verboten.

Obwohl die Existenz eines Index der in Russland verbotenen Bücher von Lunatschikski wiederholt bekräftigt worden ist, kann Essad-Bey in der „Literarischen Welt“ zwei Seiten aus diesem Index in Faksimile wiedergeben. Das Rundschreiben, das von der Hauptverwaltung für politische Aufklärung herausgegeben und von der Schwester Lenins unterschrieben ist, fällt die Grundfälle auf, nach denen die Bücherbestände aller Bibliotheken zu reinigen sind; nur in einem einzigen Exemplar darf ein Hauptwerk der betreffenden Autoren in akademischen Bibliotheken aufbewahrt werden. Unter der ausserordentlichen Literatur finden sich die Evangelien, der Koran und der Talmud und sämtliche Werke von Mafoa, Descartes, Kant, Schopenhauer, Nietzsche, Spencer, Mach, Laine, Carole, Kropotkin, Ruskin, Tolstoi, die Biographien dieser Persönlichkeiten und die Geschichte des Materialismus von Lange. Dieser Index ist nur als Richtlinie anzusehen, und seine Ergänzung durch ähnliche Werke wird den Ortsbehörden und der politischen Polizei ausdrücklich vorgeschrieben. So konnte in einem nordrussischen Dorf selbst Marx verboten werden, weil er durch Lenin überholt und daher überflüssig sei. „Korrespondent“ Nr. 66, 1929.

Das Überhandnennwesen in der Sowjetunion.

Trotz der gesetzlichen Beschränkung der Überhandnahmen nehmen sie den Charakter einer Alltagserscheinung an, anstatt überhaupt aus dem Wirtschaftsleben zu verschwinden.

Eine Untersuchung des Volkskommissariats der Arbeit in 62 Betrieben in sechs verschiedenen Gebieten ergab für das erste Halbjahr 1928 die Zahl von 1,3 Millionen Überhandnahmen, von denen 1 066 000 von den Arbeitsinspektoren erlaubt waren.

Warum diese Überhandnahmen immer dringender notwendig? Ja der Regel nicht. Die Arbeitervertreter in den paritätischen Betriebs-

kommissionen unterstützen fast immer anstandslos die Betriebsleitungen, wenn sie um Zulassung von Überstunden ersuchen, und die Inspektoren beschränken ihre Kontrolle darauf, daß sie die diesbezüglichen Anträge der Wirtschaftsorgane kürzen. Die Wirtschaftsorgane, die diese „Methode“ der Kontrolle kennen, ersuchen gewöhnlich um die Zulassung von Überstunden in viel höherer Zahl als notwendig, und die Sache ist erledigt.

Besonders viel Überstunden werden in der Papierindustrie und in dem graphischen Gewerbe gearbeitet; in der Papierindustrie entfallen auf einen Arbeiter durchschnittlich im Monat 14,9 Überstunden, in der graphischen Gewerbe sind es 11,4.“ („Trud“ vom 2. August.)

Jubiläum der Enthaltensbewegung.

25 Jahre arbeitet im Herbst dieses Jahres der 1904 gegründete Zentralverband der deutschen Enthaltensbewegung an seiner Aufgabe, dem Enthaltensgedanken auch in dem trinksüchtigen Deutschland Geltung zu verschaffen. Daß er diesem Ziele ein hübsches Stückchen näher gekommen ist, vermag niemand in Abrede zu stellen, der die Verhältnisse von damals mit heute vergleicht. Der einstigen völligen Ablehnung ist in weiten Kreisen Duldsamkeit und Anerkennung gefolgt. Der Zentralverband hat die der gemeinsamen Aufgabe dienende neutrale Stelle geschaffen, in der die Enthaltensamen aller politischen Anschauungen und aller Weltanschauungsrichtungen sich zusammengefunden haben. Eine Gedenkfeier wird in den Tagen vom 11. bis 13. Oktober die Vertreter der Enthaltensbewegung und ihre Freunde in den Räumen des Bräuervereinshauses, Berlin, Kurfürstenstraße 115 und 116, zusammenführen zu ernstem Vorträgen und Beratungen, aber auch zu frisch-fröhlicher Geselligkeit bei den köstlichen Erzeugnissen der modernen gärungslosen Fruchterverwertung.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Gewerbehygienischer Vortragskurs in Heidelberg.

Im Anschluß an ihre diesjährige Jahreshauptversammlung veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in der Zeit vom 19. bis 21. September in Heidelberg einen allgemeinen gewerbehygienischen Vortragskursus mit Referaten über allgemeine Fragen und Grundsätze der Gewerbehygiene, Rationalisierung und Gewerbehygiene, Bedeutung der Technik und der technischen Fortschritte für die Gewerbehygiene, elektrische Unfälle und ihre Verhütung, gewerbliche Staubschädigungen, gewerbliche Vergiftungen, gewerbliche Lärmschädigungen und Arbeiterschutz für Frauen und Jugendliche; außerdem sind Besichtigungen gewerblicher Betriebe vorgesehen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch verloren.

Kollege Alfred Meyer, Mitglied der Jahresselle Strehla an der Elbe, in den Verband eingetreten am 21. März 1929, hat angeblich sein Buch verloren. Die letzte Unterstützung ist eingetragen im Juni 1926. Sollte das Buch vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen und an den Hauptvorstand einzusenden. Der Vorzeiger ist polizeilich festzustellen.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Robert Haskopf, geboren am 13. Dezember 1900, Buch-Nr. S II 378 455, in den Verband eingetreten am 27. Mai 1921 in Heilbronn, ist sein Mitgliedsbuch im Betrieb gestohlen worden. Sollte das Mitgliedsbuch vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen und an den Hauptvorstand einzusenden. Der Vorzeiger ist polizeilich festzustellen.

Chemische Industrie

Der Chemischen Industrie geht es gut.

Seit mehreren Jahren gibt der Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands einen Bericht über die Lage der Chemischen Industrie heraus, dem wir einige interessante Feststellungen entnehmen:

Der Verband der Chemischen Industriellen, denn um ihn handelt es sich, stellt nach Untersuchung über 112 Abschlüsse von Aktiengesellschaften der Chemischen Industrie aus dem Jahre 1928 fest, daß eine sehr gesteigerte Rentabilität der Chemischen Industrie Deutschlands stattgefunden hat. Während im Jahre 1925 noch 70 Prozent aller Gesellschaften in der Chemischen Industrie dividendenlos waren, hat sich die Zahl der dividendenlosen Gesellschaften im Jahre 1928 auf 20,5 Prozent verringert. Es ist interessant zu beobachten, mit welcher Schnelligkeit die Chemische Industrie die Krisenjahre der deutschen Wirtschaft überwunden hat. Zum Vergleich der zunehmenden Rentabilität der chemischen Betriebe in den einzelnen Jahren nach der Inflation diene folgende Aufstellung über den prozentualen Anteil der Gesellschaften, die keine Dividende verteilten:

1925	70 Prozent
1926	55,8 Prozent
1927	28,9 Prozent
1928	20,5 Prozent

Über die Gestaltung der Dividendenbewegung in den einzelnen Jahren von 1925 bis 1928 berichtet der Verein wie folgt:

1925	6,6 Prozent
1926	6,6 Prozent
1927	9,4 Prozent
1928	9,9 Prozent

Diese Dividendenhöhe sind berechnet einschließlich des Farbenrusses, der J.-G. Farbenindustrie in Frankfurt a. M. sowie der Kunstseidebetriebe. Diese letzteren Unternehmungen, die über eine außerordentliche Kapitalkraft und sehr hohe Rentabilität verfügen, geben, wie betont wird, der ganzen Industrie das Gesicht einer ganz außerordentlich günstigen Entwicklung. Aber selbst, wenn man diese Unternehmungen außer Betracht läßt, ergibt sich trotzdem eine durchschnittliche Kapitalverzinsung von 3,1 Prozent für das Jahr 1925, steigend im Jahre 1926 auf 3,7 Prozent, 1927 steigend auf 6,8 Prozent und für das Jahr 1928 auf 7,1 Prozent.

Sieht man also von der Entwicklung der Großkonzerne, die ein Kapitel für sich darstellen, ab, so ist auch in den Klein- und Mittelbetrieben der Chemischen Industrie eine Steigerung der Ertragnisse erfolgt. Wenn auch der Bericht diese Entwicklung nicht besonders günstig betrachtet, so müssen wir doch feststellen, daß in vielen anderen Industriezweigen der deutschen Wirtschaft eine solch fortwährende Entwicklung nicht zu verzeichnen ist.

Die Durchschnittsdividende für die Chemische Industrie könnte unseres Erachtens bedeutend höher sein, wenn nicht namentlich von den großen Industriekonzernen eine außerordentlich vorsichtige Gewinn- und Dividendenpolitik betrieben würde. Wir brauchen im Zusammenhang nur auf den letzten Geschäftsabschluss der J.-G. Farbenindustrie hinzuweisen, wo die zur Verteilung gelangte Dividende in keiner Hinsicht den tatsächlichen Ergebnissen entsprach. Ein Umstand, der nicht nur von den Blättern der Arbeiterschaft, sondern auch von den Unternehmerorganen in scharfer Form gekennzeichnet wurde.

Einen für die Rentabilität wichtigen Aufschwung hat die Ausfuhr angenommen. Die Ausfuhrzahlen für die einzelnen Jahre von 1925 bis 1928 betragen in Millionen Mark:

1925	937
1926	1020
1927	1162
1928	1318

Damit ist die Entwicklung der Ausfuhr nicht abgeschlossen, sondern sie bewegt sich auch im neuen Jahre in aufsteigender Linie. Sie erreichte im ersten Halbjahr des laufenden Jahres 709 Millionen Mark gegenüber 623 Millionen Mark im vergangenen Jahre; das sind bereits 86 Millionen Mark mehr Ausfuhr als im Vorjahre.

An der erhöhten Ausfuhr waren vorwiegend chemische Grundstoffe beteiligt, wie Säuren, Salze usw.

In der Chemischen Industrie beträgt die Ausfuhrsteigerung von 1925 bis 1928 40,66 Prozent. Entsprechend dem guten Geschäftsgang dieser Industrie ist auch die Beschäftigung der Arbeiterschaft verhältnismäßig günstig. Während am 1. März dieses Jahres von je 100 organisierten Arbeitern 89,6 beschäftigt waren, entfielen am 1. Juli auf je 100 organisierte Arbeiter 93,8.

Die Chemische Industrie sucht mit allen Mitteln der Technik die Rentabilität der Betriebe zu steigern, die aber, trotz des ungeheuren Aufstiegs Arbeiterentlassungen zur Folge hat. So ist bekannt, daß in einigen der maßgebenden Werke der J.-G. Farbenindustrie, in den letzten Wochen auch im Leunawerk, wesentliche Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Die Chemische Industrie hätte, gemessen an ihren Erfolgen, am wenigsten Grund zur Klage. Daß sie trotzdem in den Chor der deutschen Unternehmer über das Elend der deutschen Industrie einstimmt, entspricht der allgemeinen Weisheitslosigkeit des deutschen Unternehmertums.

R. Segerer.

Nochmals die Explosion in der Sauerstofffabrik.

Über das schreckliche Explosionsunglück in den Vereinigten Sauerstoffwerken, G. m. b. H., Berlin, haben wir vor einiger Zeit im „Proletarier“ berichtet. Die Gefährlichkeit dieser komprimierten Gase ist in der Öffentlichkeit, aber auch unter der Arbeiterschaft der in Frage kommenden Betriebe leider noch wenig bekannt.

Durch das Unglück in Berlin ist in weiten Kreisen der Öffentlichkeit über die Technik der komprimierten Gase Aufklärung geschaffen worden, die auch unseren Kollegen nicht vorenthalten werden soll. Die ungeheure Verbreitung komprimierter Gase in der Industrie, hauptsächlich aber in der modernen Autogen-, Schweiß- und Schneidetechnik, hat namentlich einen großen Bedarf an Sauerstoff- und Wasserstoffgas, für letzteres aber auch sehr vielfach Acetylengas, hervorgerufen. Während die Herstellung von Sauerstoff an den Verbrauchsorten in Kleinentwicklern bisher keine Verbreitung gefunden hat, sondern dieses Gas in Stahlflaschen auf 150 Atmosphären gepreßt in den Handel gebracht wird, haben die stationären Acetylen-Entwickler, in denen auf verhältnismäßig einfache Weise aus Karbid und Wasser Acetylen erzeugt wird, gegenüber dem in Stahlflaschen gepreßten Acetylen gas weite Verbreitung gefunden. Trotzdem hat die Art der Gaserzeugung aus Wasser und Karbid infolge ihrer technischen Unsicherheit (Explosionsgefahr) sowie der unsauberen Wirtschaftsweise (Anfall des lästigen Karbid-schlammes und dessen Beseitigung) mit der Zeit an Beliebtheit bedeutend verloren, und man ist immer mehr zum Verbrauch

Trotzdem aufwärts.

Man kann wirklich keine bessere Methode zur Verdummung erfinden als die Fabrikarbeit, und wenn dennoch die Fabrikarbeiter nicht nur ihren Verstand gerettet, sondern auch mehr als andere ausgebildet und geschärft haben, so war dies wieder nur durch die Empörung gegen ihr Schicksal und gegen die Bourgeoisie möglich — das einzige, was sie allenfalls noch bei der Arbeit denken und fühlen konnten. Friedrich Engels.

des in Zentralstellen erzeugten und abgefüllten Gases, das in Stahlflaschen in den Handel gebracht wird, übergegangen.

In Deutschland bestehen zur Zeit in der Hauptsache eine Anzahl von Abfüllwerken, so die gemeinschaftlichen Füllwerke der Gesellschaft für Linde's Gasmaschinen, A.-G., der Autogen-Gas-Akkumulatur, A.-G., Berlin, die Vereinigten Sauerstoffwerke, G. m. b. H., Berlin, die Industriegas-A.-G. Pintsch-Wagiro (Pawa). Ein Füllwerk der Vereinigten Sauerstoffwerke, G. m. b. H., bzw. der Gesellschaft für Linde's Gasmaschinen, A.-G., befindet sich in Düsseldorf-Reisholz, während die Pawa ein solches in Köln betreibt.

Besonders häufig sind die Explosionen der einfachen stationären Acetylen-Entwickler, weniger häufig waren selbster Explosionen von Acetylen, das in Stahlflaschen abgefüllt ist.

Für den Bau von Betriebsanlagen sowie die Füllung der Acetylenflaschen besteht eine scharfe Überwachung der chemisch-technischen Reichsanstalt Berlin. Eine Reihe von behördlichen Vorschriften sollen zur Überwachung solcher Betriebe dienen. Daß sie nicht in allen Fällen genügen, beweist die obengenannte Explosionskatastrophe. Der Ruf der Arbeitnehmer nach Schutz in solchen Betrieben ist deshalb zweifellos berechtigt.

Über die Technik des komprimierten Acetylen-gases ist folgendes zu sagen: Die Erzeugung von Acetylen-gas erfolgt in den betreffenden Fabriken dadurch, daß in großen Entwicklern aus Karbid, meistens Karbidkorn und Wasser, das Acetylen-gas erzeugt wird. Das Gas selbst wird sorgfältig gereinigt und getrocknet. Das Gas wird darauf in Stahlflaschen gedrückt, die mit einer porösen Masse gefüllt werden, die jedoch meistens Betriebsgeheimnis des Herstellers ist. Soviel man darüber weiß, besteht sie in der Hauptsache aus Kieselgur, Holzkohle, Kork, Lederabfällen und anderem. Das Stopfen der Flaschen mit diesem Material ist eine sehr schwierige Arbeit, da kein Hohlraum vorhanden sein darf. Hierauf werden die Flaschen mit Aceton gefüllt. Während eine Flasche mit 40 Liter Inhalt nur eine geringe Gasmenge aufnehmen kann, sind die so behandelten Flaschen imstande, bei steigendem Druck zirka 6000 Liter Acetylen-gas aufzunehmen, was zweifellos einen großen wirtschaftlichen Fortschritt bedeutet. Daß das Gas in dieser Form gegenüber den Kleinentwicklern weniger Verwendung findet, liegt daran, daß das Flaschengas etwas teurer ist als das selbst hergestellte Gas.

Wenn auch im Zusammenhang mit dem Berliner Unglück betont wurde, die Gefahrenquelle bei Herstellung und Transport dieses Gases sei verhältnismäßig gering, so muß doch dieser Behauptung widersprochen werden. Namentlich die Füllung der Flaschen im Werk selbst ist durchaus nicht ungefährlich wegen des Verdichtungsprozesses, den das Gas im Betrieb durchmachen muß. Die obengenannten Stahlflaschen werden einem Probdruck von 60 Atmosphären unterworfen. Wird dieser Druck gesteigert, dann liegt die Gefahr des Zerknallens der Flaschen vor. Das ist namentlich bei Füllungsgefahr zu erwarten. Auf ähnliche Weise ist wahrscheinlich auch der große Umfang der Katastrophe in dem

Berliner Betrieb zurückzuführen. Das Löschchen mit Wasser verlagert bei solchen Katastrophen, da in diesen Betrieben in der Regel auch große Karbidmengen lagern. Die wirksamste Bekämpfung erfolgt durch Stickgase, Schaumlöscher oder Sand. Die Gefahr des Zerknallens von Flaschen ist jedoch durch keine menschliche Voraussicht zu verhindern, deshalb müssen umfassende Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in solchen Betrieben getroffen werden. Die Betriebsanlagen und die Fabrikation müssen sorgfältige Beachtung finden, weil damit zu rechnen ist, daß die Inbetriebsetzung solcher Werke bei dem dauernd vermehrten Umfang der autogenen Metallbearbeitung fortschreiten wird. Namentlich in der Nähe menschlicher Wohnungen und dicht bebauter Industriekomplexe müssen die Behörden der Errichtung solcher Betriebe besondere Aufmerksamkeit zuwenden. R. Segerer.

Millionenverlust bei der Nitri-fabrik Köpenick.

„Die Arbeiter sind daran schuld.“

Der Nitri-fabrik in Köpenick geht es nicht gut. Trotzdem im Jahre 1928 schon einmal versucht wurde, dem lebensschwachen Körper durch eine Sanierung neues Blut einzupumpen, hat ihm auch diese Kur nichts genutzt. Die Entwicklung der letzten drei Jahre hat immer deutlicher den Niedergang des Unternehmens gezeigt.

Von einem Jahr zum anderen sind die Verluste gewachsen, bis sie beim Abschluß für das Jahr 1928 mit einem Fehlbetrag von rund 1 Million Mark endeten, das ist fast die Hälfte des gesamten Aktienkapitals.

Während in den beiden Vorjahren überhaupt kein Betriebsüberschuß ausgewiesen wurde, ergab das Unternehmen im Jahre 1928 zirka 260 000 Mark Überschuß, der jedoch von den Zinskaffen und den hohen Bankschulden allein beinahe vollständig gefressen wurde.

Um ein einigermaßen günstiges Bilanzbild zu erzielen und einen größeren Verlustausweis zu vermeiden, griff die Gesellschaft zu einem derzweifelsten Mittel, indem sie bei einem Anlagewert von 3 Millionen Mark nur 16 000 Mark abschrieb.

Dabei hatte sie im Vorjahre überhaupt keine Abschreibungen vorgenommen. In Wirklichkeit wird durch diese Maßnahme das Bilanzbild bedeutend ungünstiger. Die Bankschulden sind auf rund 1,8 Millionen Mark angewachsen. Das ist beinahe soviel wie das ganze Aktienkapital, das 2 Millionen Mark beträgt. Dazu kommen aber außerdem noch über 400 000 Mark Betriebs-schulden.

Die äußerst schwierige Lage dieses Unternehmens ist kaum anders als durch Mißgriffe der Verwaltung zu erklären, denn die Arbeiterschaft hat ja in der gegenwärtigen prekapitalistischen Periode in die Betriebsführung nichts hineinzubringen. Was sich aber die Verwaltung zu ihrer Entlastung leistet, übertrifft jegliches Maß. Nach ihrer Meinung ist das schlechte Geschäftsergebnis durch dauerndes Steigen der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten beeinflusst worden. Wie traurig muß es um die Leistung eines Unternehmens aussehen, das sich mit solch billigen Ausflüchten aus dem wirtschaftlichen Schlamassel herausziehen will.

Geht es den Unternehmungen gut, dann hört man in den wenigsten Fällen, daß die Arbeiter zum Wohlstand des Unternehmens beitragen, geht es dem Unternehmen dagegen schlecht, so sind es natürlich die Arbeiter und Angestellten mit ihrer Begehrlichkeit, die das Unternehmen zugrunde richten. Die armen Unternehmer könnten einem leid tun, wenn man ihren Argumenten Glauben schenken könnte. Es genügt scheinbar noch nicht, daß die Arbeiter im Interesse des Profits ihre Haut zu Markte tragen, sie müssen außerdem noch für die Unfähigkeit einzelner Privatunternehmer und ihrer Vertreter den Sündenbock spielen. R. Segerer.

Erweiterung der Baugit-Trust-A.-G.

Der Baugittrust hat zum Zweck der einheitlichen Führung der ihm gehörigen jugoslawischen Baugitanlagen in Zagreb eine neue Gesellschaft, die Continentale Baugitbergbau- und Industrie-A.-G., gegründet. Die Gesellschaft plant den gemeinsamen Betrieb einer Baugit-zementfabrik in Sebenico zusammen mit der Belziner-Zementfabrik und der Ung. Allg. Kohlenbergbau-A.-G. (Zolis). Darüber hinaus sollen Pressemelungen zufolge in der Tschechoslowakei, und zwar in Sillein und Lebe, von der oben genannten Gruppe zwei Baugit-zementfabriken im Zusammenhang an die dort bestehenden Zementfabriken der Belziner-Betriebe errichtet werden. R. S.

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Papierindustrie.

II.

Die deutsche Produktion.

Nach Mitteilungen des Zentralausschusses der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie gestaltete sich die deutsche Produktion in den Jahren 1927 und 1928 folgendermaßen:

Produktion an	1927	1928	Steigerung in Prozent
	Tonnen	Tonnen	
Papier	1 987 084	2 105 000	5,8
Zellstoff	1 128 535	1 149 100	1,8
Holzstoff	809 796	837 200	3,4
Pappe	427 155	442 000	3,5

Die Papierproduktion stieg von 1912 bis 1928 um über 30 Prozent, von 1924 bis 1928 um über 52 Prozent. Dagegen stieg die Zellstoffproduktion von 1913 bis 1928 um 29,4 Prozent. Die Pappenerzeugung stieg von 1912 bis 1928 um 19,6 Prozent. Leider sind uns die Zahlen der Vorkriegsproduktion für die Holzstoffindustrie unbekannt, so daß wir auf die Produktionszahlen des Jahres 1900 zurückgreifen müssen. Von da an bis zum Jahre 1928 stieg die Holzstoffproduktion um rund 139 Prozent.

Von der Papiererzeugung entfielen nach Dr. Mirus, dem Geschäftsführer des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, 28 Prozent der Erzeugung auf Papier mit einem Holzschliffgehalt bis zu 50 Prozent und 72 Prozent der Erzeugung auf Papier mit einem Holzschliffgehalt über 50 Prozent.

Verwendungszweck der deutschen Papierproduktion.

Nach Dr. Mirus gestaltet sich das prozentuale Verhältnis der deutschen Papierfabrikation in der Verwendungsart der erzeugten Papierarten folgendermaßen:

Papier für Verpackungen aller Art	32 Prozent
Papier für Zeitungen	26 Prozent
Papier für Zeitschriften, Bücher, Drucksachen, Bilder	20 Prozent
Papier für Schreib- und Zeichenzwecke	17 Prozent
Papier für verschiedene Zwecke	5 Prozent
Zusammen	100 Prozent

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß weit über die Hälfte der deutschen Produktion für Pack- und Zeitungspapier Verwendung findet.

Der Inlandsverbrauch an Papier.

Der deutsche Inlandsverbrauch an Papier gestaltete sich in den Jahren 1925 bis 1928 folgendermaßen:

Jahr	Inlandspapierverbrauch in Tonnen
1925	1 360 000
1926	1 240 000
1927	1 260 000
1928	1 735 000

Aus diesen Zahlen, in denen der Pappenverbrauch nicht enthalten ist, ergibt sich, daß der Inlandsverbrauch an Papier nach Beendigung der Inflation in ständigem Steigen begriffen ist. Diese Tatsache dürfte nicht zuletzt auf die seit 1925 eingetretene Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer zurückzuführen sein.

Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Der Zentralausschuß der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie hat für das Jahr 1927 Ermittlungen über den Papierkonsum pro Kopf der Bevölkerung angestellt und ist dabei für die einzelnen Staaten zu folgenden Zahlen gekommen:

Staaten	Papierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Kilogramm
Verein. Staaten von Nordamerika	62
England	37
Deutschland	26,5
Holland	21,5
Frankreich	20
Schweden	20
Schweiz	19
Belgien	19
Norwegen	14,5
Österreich	14
Finnland	11
Japan	10,5
Tschechoslowakei	10
Italien	9
Spanien	6
Rußland	3

Der deutsche Verbrauch ist mittlerweile auf 28,4 Kilogramm im Jahre 1928 gestiegen. Im Jahre 1912 betrug der deutsche Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung noch 21,7 Prozent, so daß bis zum Jahre 1928 eine Verbrauchssteigerung um rund 30 Prozent zu verzeichnen ist.

Die deutsche Ausfuhr.

Die nachstehenden Ausfuhrzahlen der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie stützen sich für die Jahre 1925 bis 1927 auf einen Bericht des Instituts für Konjunkturforschung und für das Jahr 1928 auf einen Artikel von Dr. C. in der „Papierzeitung“ Nr. 4, Jahrgang 1929. Danach gestaltete sich die Ausfuhr folgendermaßen:

Jahr	Ausfuhr in Tonnen	Ausfuhr im Verhältnis zur Produktion
1925	337 000	20 Prozent
1926	432 000	26 Prozent
1927	399 000	29 Prozent
1928	265 000	16,5 Prozent

Aus dem Prozentverhältnis der Ausfuhr zur Produktion ergibt sich, daß der Ausfuhranteil prozentual seit 1925 um rund 35 Prozent zurückgegangen ist, trotzdem die tonnenmäßige Ausfuhr 1928 die des Jahres 1925 übersteigt, wenn sie auch zugegebenermaßen hinter der tonnenmäßigen Ausfuhr von 1926 und 1927 zurückbleibt. Einen Ausgleich für die erhöhte Produktion bot die Steigerung des Inlandsbedarfes.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallkatastrophen in der Zuckerindustrie.

In Nr. 31 des „Dreiflers“ erschien unter obiger Überschrift die mit dem ersten Preis ausgezeichnete Antwort eines Beschäftigten aus der Zuckerindustrie auf ein Preisanschreiben der Zuckerberufsgenossenschaft. Nachstehend die Antworten der beiden Beschäftigten, die den zweiten Preis erhielten. Der Arbeiter Hermann Marx aus der Zuckerraffinerie Langenrände schreibt:

„Beim Betreten meines Betriebes gehe ich nicht achtlos an den ausgehängten Unfallverhütungswisenswerten und Unfallbüchern vorbei. Es lohnt sich schon, wenn man diese Plakate einige Minuten studiert und sich über alles informiert. Alkohol, ganz gleich, welcher Art, nehme ich nicht in den Betrieb, denn die kleinste Menge kann mir gefährlich werden. Alkohol macht gleichgültig, Alkohol macht aber auch waghalsig, man denkt nach letztem Gewinne oft, ach, was soll mir denn passieren. Alkohol macht aber auch wackel und wackel, und wenn ich widerstandslos bin, kann ihn ein Gerüst viel mehr ansprechen, als das sonst der Fall wäre.“

„Herbert“ - es Vorrecht ist besser als eine gedankenlose Gleichgültigkeit. Ich weiß sehr wohl, daß ich mit jeder Arbeitsschleife vor dem Beginn einer Arbeit einige Augenblicke zu unterhalten darüber, wie die Arbeit am gefährlichsten erledigt werden kann, als ob die Überlegung in die Gefahr hineingehen. Bei der Arbeit bin ich nicht vorurteillos, sondern höre auf meine Mitarbeiter, wenn sie sagen: „Hörst du dich in acht, damit dir nichts passiert“. Auch bewege ich niemanden dazu, daß er etwas tue, was ich für gefährlich halte. Meine Arbeitsschritte ist kein Spielplatz, auch werde ich niemals meine Mitarbeiter hängen, denn dadurch sind schon viele Unfälle passiert.“

In geräuschvollen Räumen bin ich besonders wachsam, denn hier muß das Auge mehr arbeiten als das Ohr.

Das Aufpassen und Beobachten von Warnungsschildern und Unfallbüchern vermale ich, auch bewege ich nie Zentrifugen, Transportmittel zur eigenen Beförderung. Auf meinem Arbeitsplatz halte ich stets Ordnung und Sauberkeit, damit ein Ausgleiten und Stürzen vermieden wird. Werde ich von einem Kollegen abgeholt, so unterrichte ich ihn über alle Vorgänge und mache ihn ganz besonders darauf aufmerksam, wenn etwas nicht in Ordnung ist und sollte es auch nur Scheinbar nicht in Ordnung sein. Schweißarbeiten entferne ich nie von ihrem Platz, denn langjährige Erfahrungen und vorgetragene Unfälle haben diese Einrichtungen

für notwendig befunden, sie sind dazu da, um mit meiner Gesundheit und meiner Familie den Ernährer zu erhalten. Sehe ich im Betriebe Mängel an den Schutzvorrichtungen, so berichte ich das meinem Vorgesetzten, der hat unordentlich für Abhilfe zu sorgen.

Von Zeit zu Zeit mache ich meine Kollegen in Zusammenkünften auf die Unfallgefahr und den Unfallschutz aufmerksam. Ich begrüße es ferner freudig, daß die Zuckerberufsgenossenschaft einen Film laufen läßt, in dem die Gefahren bei der Arbeit demonstriert werden. Er wird viel zur Aufklärung beitragen.“

Der Kupferschmied Georg Drechsler von der Zuckerraffinerie Ratibor schreibt nach einer längeren Einleitung als Antwort folgendes:

„Es ist in der gegenwärtigen Zeit eine feststehende Tatsache, daß gerade in den Betrieben sich die Unfälle bis ins Ungeheuerliche belaufen. Um diese Unfälle zum Teil verringern zu helfen, ist es erste Hauptbedingung und Pflicht jedes Betriebes, alle zu Gebote stehenden Schutzvorrichtungen innerhalb des Betriebes sowie geeignete Zeigekennzeichen (geeignet erscheint mir jedoch die Betriebsunfallkassette) anzubringen, des ferneren, daß hauptsächlich stets die Vorgesetzten aufklärend unter ihren Arbeitern wirken und sie insbesondere bei den gefährlichsten erscheinenden Maschinen, Plätzen usw. hinweisen. Zur Aufklärung besonders bei den oftmals schwerverständlichen Arbeitern, soll teils des Betriebsunternehmens überhaupt kein Propagandamittel gegen die Verhütung von Unfällen gegeben werden, wird berücksichtigt, daß jedes gesunde Menschenleben gerade in der heutigen Zeit das Allerbeste in einem Volksstaat bedeutet.“

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß meiner Ansicht nach die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung der Betriebe oder das Unternehmen, sofern dieser an einem Unfall die Schuld trägt, das Unternehmen zur Zahlungslieferung heranziehen kann, wenn ich eingangs schilderte, der Betrieb nicht die genügende Beachtung zur Verhütung von Unfällen innerhalb ihres eigenen Betriebes schenkte und dies dem Unternehmen nachgewiesen wird. In der Hauptsache jedoch und allgemein trifft die Schuld des Verunglückten diesen selbst, denn jeder Betrieb hat seine Einrichtungen zur Genüge mit Vorsichtsmitteln getroffen. Durch aufklärendes Wirken können aber etwa bestehende Mängel teils des Betriebsunternehmens beseitigt werden, und darum achte ein jeder in erster Linie auf sich selbst.“

Meine Ansicht ist die, daß ein jeder arbeitende Mensch, und das ist Bedingung, er soll stets im Dienste seine Gedanken bei der zu verrichtenden Arbeit haben und niemals seinen Geist und Gedanken anderswo herum schwirren lassen. Die Gespräche mit seinen Arbeitskollegen gerade während seiner Dienststunden zu unterlassen und nur als ein ganzer mit klarem Verstand stehender Mensch seinen Dienst verrichten. Alle nebensächlichen, bei der Arbeitsausführung ankommenden Gedanken durch Arbeitsinteresse und Energieaufbringung zu verschleusen. Vor allem stets nüchtern auf seinem Arbeitsplatz stehen und sämtlichen Alkoholgenuss meiden und auch stets frisch und munter seinen Dienstbeginn beginnen. Jeden unachtsamen Arbeitskollegen warnen und diesen auf die Gefahren eines Unglücksfalles besonders hinweisen. Schutzvorrichtungen nicht zu entfernen, dienstliche Gespräche stets deutlich und verständlich führen. Die Arbeiter, welche Maschinen hauptsächlich bedienen, sollen eigentlich nur anliegende Kleider tragen; weibliche Arbeiter sollen das Haar nicht offen, sondern unter Schutz einer Kappe tragen.

Beim Bohren, Schleifen, Schweißen ist stets eine gute anliegende Schutzbrille, möglichst aus Zelluloid, zu tragen, Glasbrillen sind wegen der Gefahr möglichst zu vermeiden, da die Glasbrille ebenfalls leicht einen Unglücksfall hervorrufen kann. Beim Schweißen insbesondere achte man auf das Tragen einer Schutzbrille. Bei Bedienung von elektrischen Anlagen sollen möglichst nur vertraute Personen zugelassen werden, insbesondere aber nur solche, welche speziell aus dem Fach hervorgegangen sind. (Elektriker.)

In Räumen, in welchen sich feuergefährliche Betriebsstoffe befinden, wie Benzin, Öl, Petroleum, Spiritus, soll niemals mit offenem Licht ein derartiger Raum beheizt werden sowie das Rauchen ist stets zu unterlassen. Bei Säuberung sowie Verrichtung von Reparaturen von Behältern, in welchen sich feuergefährliche Betriebsstoffe befinden, sollen stets vorher mit Wasser gefüllt und gereinigt werden. Hierbei denke man an das Löten einer schadhafte Stelle eines Benzinbehälters. Puffen von Benzin, Öl oder Spiritus sollen niemals in die Nähe von Feuer gelegt werden. Bei Ausbruch von Feuer in den Bekleidungsstücken der Arbeiter soll dieser niemals durch den Betrieb laufen, sondern möglichst rasch versuchen, das Feuer zu ersticken, indem man sich an die Wand stellt oder auf den Erdboden wirft. Bei dem Abfallen oder Reissen eines Treibriemens ist stets die Maschine vorher abzustellen, ehe der Riemen von dem bedienenden Arbeiter angefaßt wird.

Um den Arbeitskollegen keinen Schaden zuzufügen, ist Werkzeug und Material nicht in den Weg zu legen, vielmehr sind die Gänge stets freizubehalten. Beim Tragen von Rohren, Eisen, Stangen usw., speziell beim Umbiegen von Ecken ist ein möglichst großer Bogen zu nehmen, um dem Entgegenkommenden hierdurch auszuweichen, des ferneren stets rechts den Weg nehmen und gehen.

Bei Flaschenzügen ist zu beachten, daß in den Ketten, Seilen oder Striden keine Knoten vorhanden sind. Bei schweren Lasten soll möglichst auf die Haltung des Gleichgewichts Rücksicht genommen werden. Zu beachten ist auch ferner noch, daß bei Abgabe des Fertigsignals der Flaschenzug erst in Tätigkeit zu setzen ist. Bei Anstellung von Gerüsten müssen in erster Linie die Böcke gleichmäßig groß sein, die daranhängenden Wöhlen oder Bretter dürfen niemals vorstehende Nägel oder Schrauben aufweisen. Bei dem Anstellen von Leitern müssen zwei Personen herangezogen werden. Der untenstehende Arbeiter hat ein Abtuschen der Leiter zu beobachten und hält deshalb unten die Leiter fest. Die Leiter selbst muß so groß sein, daß sie mindestens einige Sprossen über den Platz, wo sie oben angelegt wird, überragt; auch ist darauf zu achten, daß keine schiefen Leitern benutzt werden. Die Leiterstufen dürfen nicht los sein, da ein Abtauschen auf den Füßen beim Koffeln einer Sprosse unvermeidlich ist.

Das Herumwerfen von Obstschalen, Obstkernen, abgebrannten Holzstücken, Papier und überhaupt alles, was zum Anstrischen Anschlag gibt, soll von jedem einzelnen vermieden werden. Wunden, die man sich während der Arbeitszeit zugezogen hat, sollen gewaschen und verbunden werden, um größere körperliche Schäden zu vermeiden.

In Anbetracht meiner Gedankenausführung bin ich zu der Überzeugung und Erkenntnis gekommen, daß es Aufgabe und Pflicht eines jeden im Betriebe stehenden Menschen ist, gerade in der Verhütung von Unfällen in den Betrieben anklärend zu wirken, um dadurch unter den Mitmenschen viel Unheil und Leid abzuwenden zu tun, zum Wohle des gesamten Volkes.“

Um unseren Kollegen zu zeigen, wie ein Teil der Bewerber nur das Preisanschreiben über Unfallgefahren und deren Verhütung denkt, haben wir diese Antworten gebracht, soweit sie den Unfallchutz allgemein behandeln. Dagegen sind die Ausführungen des Kupferschmieds Drechsler über die speziellen Berufsgefahren und deren Verhütung im Kupferschmiedebetrieb weggelassen, weil sie ja nur für einen beschränkten Kreis von Personen in Frage kommen, die außerdem unser Verbandsorgan nicht zu Gesicht bekommen. Nicht mit allen Schlußfolgerungen der beiden Kollegen kann man sich einverstanden erklären. Namentlich nicht mit der Auffassung Drechslers, daß die Verunglückten meist selbst Schuld an den Unfällen tragen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß kein Arbeiter blindlings in des Unglücks hineinrennt. Dessenungeachtet aber werden in diesen Antworten viele praktische Winke gegeben, die alle unsere Kollegen beachten sollen.

E. Senkfeil.

Die „notleidende“ Nahrungsmittelindustrie.

Der Geschäftsbericht der C. S. Knorr- & Co. zu Heilbronn für das Geschäftsjahr 1. April 1928 bis 31. März 1929 ist erschienen. Einleitend wird in dem Bericht folgendes ausgeführt:

„Der Umsatz hat sich im abgelautenen Geschäftsjahr weiter gesteigert; was wir in erster Linie unserem, von den Verbrauchern anerkannten Streben, nur allerbeste Qualitätsware zu möglichst niedrigen Preisen zu liefern, zu verdanken haben dürften. Der Heilbronner Betrieb war das ganze Jahr über auf beschäftigt, in den letzten drei Monaten infolge der Käufe und der dadurch hervorgerufenen Knappheit an Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Die auswärtigen Tochtergesellschaften haben wieder befriedigend gearbeitet.“

Es heißt dann in dem Bericht weiter, daß das Erportgeschäft unter Schwierigkeiten leidet, aber immerhin auch erfreulich zugenommen habe. Nicht ganz im gleichen Maße wie der Umsatz sei der Reingewinn gestiegen. Alsdann folgt die übliche Klage über die außerordentlich hohen Lasten durch Steuern, soziale Leistungen, Lohnerhöhungen usw.

Trotzdem also einleitend über gute Beschäftigung und guten Absatz berichtet wird, die üblichen Klagen. Sie gehören scheinbar zum Programm in der Geschäftswelt. Es wird dann weiter gesagt, daß die Gesellschaft gezwungen war, größere Abschreibungen auf den Maschinenpark zu machen, da eine Reihe Maschinen, die in den Krieges- und Nachkriegszeit angeschafft wurden, nicht die normale Laufdauer haben. Ferner sei im Interesse der weiteren Rationalisierung die Erstellung eines Neubaus erforderlich, auch für diesen Zweck müßten die nötigen Mittel angeammelt werden.

Es wird in diesem Geschäftsbericht also bekämpft, daß die Kosten für die Rationalisierung und für Neubauten aus den laufenden Mitteln des Betriebes gedeckt werden. Trotzdem der Betrieb dadurch bedeutend an Wert gewinnt, wird das Aktienkapital also nicht erhöht. Der erzielte Reingewinn beträgt 818 704,98 Mk. Auf die Stammaktien wird eine Dividende von 11 Prozent und auf Vorzugsaktien 10 Prozent verteilt. Einschließlich eines Vortrages aus dem Vorjahre von 226 218,81 Mk. werden 401 306 Mk. auf neue Rechnung vorgezogen.

Der Reingewinn ist erzielt nach Abzug der zahlungsgemäßen und außerordentlichen Abschreibungen, sowie der vertragsgemäßen Gewinnanteile. Wieviel an vertragsmäßigen Gewinnanteilen, an ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen zurückgestellt ist, das geht im einzelnen aus dem Bericht nicht hervor. Indessen zeigt der Bericht unter seinem Soll einen Posten für Unkosten, Steuern und Abschreibungen von 5 863 326,48 Mk. auf. Das Gesamtkapital beträgt 6 Millionen, so daß hier an Unkosten, Steuern usw. beinahe das gesamte Aktienkapital erreicht wird. Die Summen für Steuern und sonstige Unkosten können nicht das meiste an diesen Posten darstellen. Was läßt sich nicht alles unter Unkosten bringen.

Insgesamt genommen zeigt der Bericht ein recht erfreuliches Bild. Das wird die Vertreter dieser U.-G. nicht ablehnen, auch ferner bei jeder Gelegenheit über die erdrückenden Lasten zu klagen, die die Industrie zu tragen hat. Der Bericht zeigt aber auch, welcher Wert diesen Klagen beizumessen ist. Die erzielten Gewinne werden zum großen Teile aus dem Massenkonsum herausgeholt. Soffentlich denken die Vertreter dieser Firma auch daran, wenn es gilt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft ihrer Betriebe zu regeln.

Verschiedene Industrien

Der Absatz von Spielwaren in Brasilien.

In Brasilien besteht eine eigene Spielwarenindustrie. Dieselbe ist jedoch ohne schädigende Wirkung auf die Einfuhr. Sie erstreckt sich auf die Erzeugung von Holz- und billigen Blechspielwaren. Die Herstellung liegt in den Händen deutscher Einwanderer. Der größte Teil des Bedarfs wird durch Einfuhr aus Deutschland gedeckt. Neben Deutschland besitzend sich noch Japan mit billigen Zelluloidspielwaren und Nordamerika mit Sportspielwaren, namentlich Fahrzeugartikeln, wie Kinderfahrrädern, Dreirädern, Kinderautomobilen und ausgestopften Tieren. Die Entwicklung der Spielwareneinfuhr Brasiliens bis 1926 ist wie folgt:

Art der Spielwaren	1904	1925	1926
	kg Pfd. St.	kg Pfd. St.	kg Pfd. St.
Gummi	21 835 13 223	27 596 20 272	33 271 29 749
Anderer Spielwaren	479 615 148 729	481 033 173 664	552 152 194 773
Zelluloidspielw.	55 813 38 407	38 813 21 595	38 368 23 440
Masken	400 363	481 291	736 642

Vorstehende Aufstellung zeigt, daß die Spielwareneinfuhr Brasiliens von 1904 bis 1926 in stetiger Aufwärtsentwicklung nach Menge und Wert begriffen war. Eine Ausnahme dieser Entwicklung machen die Zelluloidspielwaren.

Der Absatz von Spielwaren in Chile.

Chile zählt 3 982 926 Bewohner, darunter etwa 80 000 Indigener. 1924 betrug der Einfuhranteil pro Kopf der Bevölkerung 123,36 Mk. Er ist im Jahre 1927 auf 347,31 Mk. gestiegen. Das ist fast das Dreifache und läßt auf eine Besserung der Einkommensverhältnisse der Einwohner schließen, die die Einfuhr beleben.

Die allgemeine Einfuhr wird in der Hauptsache von Nordamerika bestritten; die Spielwareneinfuhr hochprozentig von Deutschland. Die Einfuhr von Spielfischen nach Chile war 1927 wie folgt:

Spiele für Sport.		Kilo	Goldpeso
Gesamteinfuhr		13 789	440 212
Davon aus Deutschland		2 388	40 015
„ „ Großbritannien		9 788	342 312
„ „ Ufa		683	28 944
„ „ Frankreich		502	12 464
„ „ Italien		107	8 490
„ „ Spanien		35	3 108

Unterhaltungsspiele.		Kilo	Goldpeso
Gesamteinfuhr		6 756	80 638
Davon aus Deutschland		4 239	51 798
„ „ Frankreich		1 318	14 175
„ „ Großbritannien		878	10 150
„ „ Ufa		176	2 449

Spielwaren verschiedener Art.		Kilo	Goldpeso
Gesamteinfuhr		143 053	1 298 013
Davon aus Deutschland		108 340	896 901
„ „ Frankreich		10 494	120 837
„ „ Großbritannien		8 330	80 339
„ „ Ufa		7 089	66 470
„ „ Japan		4 206	39 614
„ „ Italien		1 785	45 393
„ „ Argentinien		1 525	18 925

Außerdem beteiligten sich noch an der Einfuhr nach Chile mit Spielwaren die Länder: Österreich, Belgien, Bolivien, Tschechoslowakei, Spanien, Peru und die Schweiz mit insgesamt 1234 Kilogramm im Werte von 29 534 Goldpeso.

Die Aufzeichnung belegt, daß Deutschland in der Einfuhr von Unterhaltungsspielen und Spielwaren verschiedener Art führend ist, während bei der Einfuhr von Spielen für Sport Großbritannien an erster Stelle zu stehen kommt.

E. Senkfeil.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Amsterdam.

Die größte und umfassendste internationale Organisation, die Internationale Handelskammer, hielt ihre diesjährige Tagung in der Woche vom 8. bis 13. Juli in Amsterdam ab. Die alle zwei Jahre erfolgenden Zusammenkünfte dieser Vereinigung, an die 45 Staaten angeschlossen sind, verdienen auch die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder.

Wie bereits in Stockholm, wurde in Amsterdam über die Beschränkung des Welthandels durch die Zölle geredet. Man kam auch diesmal zu der einmütigen Auffassung, daß die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrzölle, die Herabsetzung der Zölle auf allen Gebieten unbedingt notwendig sei. Mit einer gewissen Wehrmut wurde festgestellt, daß die Frage der Zollsenkungen nur wenige Fortschritte mache, im Gegenteil manche Staaten zu einer Heraushebung der Zölle übergehen. In einer Entschließung wurde den Regierungen erneut empfohlen, auf eine Senkung der Zolltarife bedacht zu sein. Es muß abgewartet werden, ob dieser erneute Ruf der Internationalen Handelskammer wiederum wirkungslos verhallt. Es ist nämlich sehr schön, vor einem internationalen Gremium freihändlerische Reden zu halten, wenn man ganz genau weiß, daß die Politik zu Hause den entgegengesetzten Weg einschlägt.

Auf Betreiben der deutschen Delegation beschäftigte sich die Internationale Handelskammer sowohl in der Volltagung wie in den Ausschüssen mit der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand. Es wurde eine umfangreiche Denkschrift in dieser Frage vorgelegt. Ein amerikanischer Delegierter sang ein Loblied auf die Tüchtigkeit der individuellen Unternehmer. Er führte den wirtschaftlichen Aufschwung Amerikas allein auf diese Tatsache zurück. Ein deutscher Delegierter, Geheimrat Brecht, Generaldirektor der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau, vertrat die bekannten Ansichten der deutschen Unternehmer. Er ging aus von der Stellungnahme der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Prag. In der Entschließung der Internationalen Handelskammer wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Privatinitiative und die private Wirtschaftsführung das wirksamste Mittel seien, um den Fortschritt der Produktivität zu sichern. Was konnte man anderes erwarten?

Der Kongreß der Internationalen Handelskammer konnte natürlich nicht an der Reparationsfrage vorübergehen. Die deutschen Delegierten übten bei diesem Punkt Zurückhaltung. Die Entschließung der Internationalen Handelskammer enthält die Zustimmung zum Youngplan. Sie begrüßt den Plan als eine Einheit und drückt die Hoffnung aus, daß derselbe recht bald zur Unterlage einer endgültigen und vollständigen Regelung des Reparationsproblems gemacht werden möge. Zu diesem Punkt sprach auch der Leiter des englischen Chemiestrastes, Sir Alfred Mond oder, wie er jetzt heißt, Lord Melchett. Dieser äußerte sich dahin, daß internationale Schulden nur durch Waren bezahlt werden können. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich sei der wichtigste Teil des Planes, jedoch könne das ganze Problem ohne Mithilfe amerikanischer Finanzkräfte nicht gelöst werden.

Die Internationale Handelskammer und ihre Tagungen können als ein Beweis gelten, daß ohne internationale Fühlungnahme kein Land mehr zu wirtschaften vermag. Jedoch sprach ein englischer Delegierter das richtige Wort aus, wenn er sagte: „die meisten Nationen müssen in internationalen Wirtschaftspragen erst noch erzogen werden.“ Die meisten Länder treiben zollpolitisch eine Politik, die vom engstirnigsten Nationalismus diktiert ist. Man muß anerkennen, daß die Internationale Handelskammer sich bemüht, die Unternehmer zum internationalen Denken zu erziehen. Vorläufig ist natürlich die Existenz eines jeden einzelnen und die nationale Verbundenheit miteinander wichtiger. Naturgemäß ist und bleibt die Internationale Handelskammer ein Machtmittel der kapitalistischen Wirtschaft. Der Weg für die Zukunft wurde einmal angedeutet, indem ein Delegierter gegen die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes polemisierte.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Abendkursen.

Von Fritz Friede.

Unverkennbar befindet sich das gewerkschaftliche Bildungswesen im letzten Jahre in aufsteigender Entwicklung. Eine Reihe von großen Verbänden veranstaltet für ihre Funktionäre in regelmäßigen Turnus zentrale Kurse, die der Ausbildung im Arbeitsrecht, Tarifwesen und in wirtschaftlichen Dingen dienen.

Der Bundesvorstand des IGB hat ein Bildungssekretariat geschaffen und wird in den nächsten Monaten eine eigene Bundeschule eröffnen, die ebenfalls der Funktionärausbildung dienen und zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll.

Daneben bestehen die staatlichen oder die vom Staate unterstützten Anstalten. Für Preußen die Akademie der Arbeit und die beiden Wirtschaftsschulen. Sachsen, Thüringen und eine Reihe anderer Bundesstaaten des Reiches haben ähnliche Einrichtungen zur Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre geschaffen. Die Zahl der Gewerkschaftler, die auf diese Weise alljährlich für eine Reihe von Wochen bis zu 9 Monaten geschult wird, ist sehr groß und hat sicherlich das erste Tausend längst überschritten.

Mit dieser Zahl ist zugleich dargestellt, daß die Gewerkschaftsbewegung mit ihren rund 5 Millionen Mitgliedern trotz der zentralen Kurse und Schulen auf einen Zweig der Bildungsarbeit nicht verzichten kann und nicht verzichten will, der seit rund einem Jahrzehnt sich herausgebildet hat. Er umfaßt die Abendkurse und Vorträge der örtlichen Organe des IGB, oder seiner Verbände. Es gibt keine Ortsgruppe irgendeines Verbandes im Deutschen Reich und kaum einen Ortsausschuß des IGB, der nicht in jedem Jahre mindestens eine Anzahl von belehrenden Vorträgen in seinen Versammlungen halten läßt. Immer mehr hat sich dabei herausgebildet, daß nicht nur schlechthin „belehrende“ Themen dafür gewählt werden, sondern daß man sich dabei in der Hauptsache

auf solche Vorträge beschränkt, die für die praktische Tätigkeit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auf sozialpolitischem, wirtschaftlichem Gebiete von Wichtigkeit sind. Diese britische Bildungsarbeit innerhalb des IGB ist bisher zahlenmäßig nicht erstarkt worden. Sie wird besonders in den letzten Jahren stark gefördert und unterstützt durch die Bezirksausschüsse und Bezirkssekretariate des Bundes, die vom Vorstand zu diesem Zwecke jährlich eine bestimmte, gar nicht zu knapp bemessene Geldsumme zur Verfügung gestellt bekommen. Dadurch sind die kleinen Gewerkschaftsverbände besser als früher in die Lage versetzt, gewerkschaftliche Bildungsarbeit im modernen Sinne zu treiben. Die großen Ortsausschüsse, besonders die der ausgesprochenen Großstädte, begannen schon um die Jahre 1919/20 herum, zum Teil unterbrochen in der Inflation, seitdem aber wieder kräftig auslebend, eigene, zum Teil ganz systematisch aufgebaute Gewerkschaftsschulen zu schaffen.

In Hamburg veranstaltet der Ortsausschuß regelmäßig nach einem bestimmten Plan gegliederte Lehrgänge für Betriebsräte, Köln hat sein Gewerkschaftsseminar, München sein Arbeiter-Bildungskartell, Leipzig das weitbekannte Arbeiter-Bildungsinstitut usw. In Berlin besteht seit 1919 die Berliner Gewerkschaftsschule, die vom Ortsausschuß des IGB und vom Ortskartell Berlin des IGB gemeinsam unterhalten wird. Ohne Berlin besonders hervorzuheben, darf man sagen, daß diese Schule unter den neueren Arbeiter-Bildungsanstalten nicht nur die älteste ist, sondern auch den geschlossenen Lehrplan herausentwickelt hat. Dieser Plan gliedert sich in drei Stufen. Die Unterstufe umfaßt im allgemeinen Einführungskurse zur Orientierung der Hörer über ihren Bildungsplan. Die Mittelstufe gliedert sich in bestimmte Arbeitsgebiete, Volkswirtschaft, Betriebslehre, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen. Auf jedem dieser Lehrgebiete wird in jedem Jahre je eine Arbeitsgruppe für Anfänger und eine Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene durchgeführt. Es wird dabei darauf geachtet, daß die Hörer möglichst nur eine solche Arbeitsgruppe belegen, weil sie der praktischen Funktionstätigkeit in den Verbänden nicht entfremdet werden sollen und weil man es für zweckmäßig hält, die Kursusteilnehmer zu veranlassen, lieber ein Lehrgebiet gründlich zu bearbeiten, als auf verschiedenen Gebieten hier und da halbe Weisheiten aufzuschnappen. Die Anfängerguppe läuft von Oktober bis Juni und umfaßt dabei rund 40 Abende. Daran schließt sich vom Oktober an die Fortschrittsguppe, die wieder bis Juni nächsten Jahres läuft. Jeder ordentliche Lehrgang dieser Mittelstufe umfaßt also rund zwei Arbeitsjahre mit rund 80 Unterrichtsabenden. Eine Auslese der Hörer dieser Gruppen kann nach Abschluß der Mittelstufe in die Seminare übergehen. In diese Seminare werden allerdings auch Hörer aufgenommen, die ihre Vorbildung an anderen Bildungsinstituten oder sonst irgendwie erworben haben. Die Dauer des Seminarbesuchs ist verschieden, mindestens aber beträgt sie ein Jahr, in den meisten Fällen weitere zwei Jahre.

Diese Abendveranstaltungen und Abendkurse leiden selbstverständlich an gewissen Mängeln. Sie werden nur von Hörern besucht, deren Lernfähigkeit bereits durch den acht- oder neunstündigen Arbeitstag in einem gewissen Maße absorbiert ist. Das bringt natürlich eine gewisse Erschwerung des Unterrichts mit sich. Andere Mängel ergeben sich daraus, daß fast alle Hörer ihre Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung beibehalten und dadurch gelegentlich an der Wahrnehmung des einen oder anderen Abends gehindert werden. Störungen dieser Art treten bei den sich auf wenige Wochen beschränkenden zentralen Kursen der Verbände und bei den staatlichen Anstalten nicht auf, weil da die Schüler während der Kursdauer aus der Berufsarbeit herausgenommen werden und sich völlig auf die geistige Arbeit konzentrieren können. Ausgeglichen können die den Abendkursen anhaftenden Mängel werden durch besonders sorgfältigen Aufbau des Lehrplans, durch stärkere Konzentration auf das für die praktische Tätigkeit notwendige Wissen und besonders pädagogische Geschicklichkeit der Lehrkräfte. Die örtliche Bildungsarbeit in den Abendveranstaltungen und Abendkursen wird jedoch nie zu entbehren sein. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre wächst von Jahr zu Jahr. Ihr Aufgabenfeld wird immer komplizierter und vielfältiger, ihre Verantwortung immer weitgehender. Es ist unmöglich, die Hunderttausende aller deutschen Gewerkschaftsfunktionäre durch Ferien- oder Internatskurse hindurchzubringen zu lassen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Mängel des Abendunterrichts in Kauf zu nehmen, um auch die Masse der Funktionäre mit dem geistigen Rüstzeug zu versehen, das sie brauchen, um ihre Gewerkschaftskämpfe in den Betrieben führen zu können.

Wir weisen darauf hin, daß die Berliner Gewerkschaftsschule am 14. Oktober mit ihrem neuen Unterrichtsabschnitt beginnt. Die Berliner Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Prospekte der Schule und Hörerkarten bei der Berliner Verwaltung oder im Büro des Ortsausschusses einfordern können.

Frauenfragen.

Die Kollegin als Staatsbürgerin!

Die politische Gleichberechtigung ist gekommen, gleich wie eine Mutter ihr Kind zur Welt bringt, unter den schmerzhaftesten Wehen, mit Todesgefahr, als eine Hoffnung auf Höchstes, aber auch als eine Sorge. Ob Hoffnung oder Sorge die Zukunft richtiger geschaut, ob das Kindlein ein Segen für uns werden wird, hängt ganz besonders davon ab, ob die Frauen ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und die ihnen in die Hand gegebenen Rechte anwenden werden.

In die Hand der Frauen ist es gegeben, den sozialen Grundgedanken zur Anerkennung zu bringen, daß der Mensch selbst Zweck alles Staatlichen ist; daß die Rücksicht auf seine Persönlichkeit, auf Leben, Gesundheit, Arbeitskraft wichtiger sein muß als alles andere. Wichtiger als Kapitalverzinsung und Grundrente, als Eigentum, Erbrecht oder eines der geheiligten Rechte und Grundlagen des früheren Staates bzw. der noch bestehenden Wirtschaftsordnung. Lebensinteressen sind es, im wahrsten Sinne des Wortes, die auf dem Spiele stehen, die heute dringlicher als je; zu deren Vertretung ganz besonders die Frauen berufen sind. Denn wer soll den sozialen Gedanken der Gleichheit und Freiheit in unsere Politik und Wirtschaft tragen und zwingen, wenn nicht die Frauen und ganz besonders die Kolleginnen, die durch ihre Aufgabe als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter dreifache Verantwortung haben. Nur wenn die Millionen des Volkes in Freiheit und Unabhängigkeit ihr Schicksal selbst bestimmen, ist Gewähr gegeben, daß die Bedürfnisse der Gesamtheit einziger Maßstab für die Politik werden. Nur wenn die Frauen alle Gesetzgebung und Verwaltung maßgebend beeinflussen, haben wir die Gewähr, daß diese Bedürfnisse auch richtig erkannt werden.

Wir verfallen leider sehr oft in den kapitalistischen Gedankenschema, dem Betriebe, in dem wir als Arbeiterin unser Geld verdienen, unser Hauptaugenmerk zuzuwenden. Vergessen wird dabei, daß ebenso wichtig wie die Art des Geldverdienens die Art des Geldausgebens ist. Wir verdienen ja in der Hauptsache, um hauszubalzen, also um zu leben. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Haushautes liegt also im Verbrauch.

Die 82 Millionen Menschen in Deutschland verteilen sich auf ungefähr 12 Millionen Haushaltungen. Die große Rolle, die der Haushalt in der Wirtschaft spielt, tritt noch deutlicher hervor, wenn man ihn in finanzieller Hinsicht betrachtet. Der größte Teil des Volkseinkommens geht durch die Hände der Hausfrau, geht durch den Haushalt. Es ist ohne weiteres klar, daß die Art, wie mit diesem Gelde gewirtschaftet wird, für das Volkswohl und die Lebenshaltung der Volksmassen von fast gleicher Bedeutung ist wie die Art, wie das Geld erworben wird.

40 Milliarden Reichsmark nehmen die Arbeiter und Angestellten ungefähr jährlich ein als Lohn für ihre geleistete Arbeit. (Die Arbeiter ungefähr 32 Milliarden, die Angestellten ungefähr 8 Milliarden.) In diesen Zahlen spiegelt sich eine große Macht wider, die aber zum Teil brach liegt, weil der größte Teil der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen es nicht verstehen, die ihnen zugeteilten politischen Rechte anzuwenden oder sich doch wenigstens dafür zu interessieren.

Die Einnahmen stehen dem Haushalt aber nicht einmal unumschränkt zur Verfügung. Zunächst legt der Staat schon einen Kiesel vor, um die Verausgabung des ganzen Verdienstes zu verhindern, durch den Lohnsteuerabzug. Diese Steuer wäre noch zu ertragen, kämen nicht noch andere Abgaben in Frage, die kaum von den Frauen bemerkt werden, und die doch Riesensummen des Gesamtverdienstes der Arbeiterschaft verschlingen. Ganz abgesehen davon, wie well die Unternehmer alle Arten von Steuer auf die Verbraucher abwälzen können, wird der Verbrauch im Haushalt durch diese Steuern sehr beeinträchtigt.

Aber zwei Drittel der ganzen Zolleinnahmen bestehen aus Zöllen, die auf den wichtigsten Lebensmitteln lasten. Es zählt zum Beispiel eine vierköpfige Familie nach statistischen Angaben an Zöllen und indirekten Steuern jährlich ungefähr 150 Mk. Von 100 Mk. Lebensmitteleinkäufen gehen allein schon ungefähr 12 Mk. für Agrarzölle ab; diese Summe steigert sich, je schwerer die Arbeit ist, welche die einzelnen Familienglieder verrichten müssen. Denn je schwerer die Arbeit ist, desto herber kost verlangt der Körper, und gerade diese Produkte, wie Brot, Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Butter, Eier, Zucker, Kaffee, die im Arbeiterhaushalt die wesentlichste Rolle spielen, sind mit Zöllen belastet, ganz abgesehen davon, welche Steuern noch auf Alkohol und Tabak kommen.

Hier wäre doch ganz gewiß die Frage aufzuwerfen: Ja, muß es denn sein, daß der Arbeiter, die Arbeiterin Träger all dieser Lasten sind? Gibt es keine andere Möglichkeit?

Solange nicht die Arbeiterinnen und Hausfrauen sich auf ihre politischen Pflichten besinnen, solange sie passiv und uninteressiert der heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gegenübersehen, so lange zahlen sie aus ihrer Haushaltskasse die Abgaben, die auf den Unternehmer abgewälzt werden könnten. — Die Profiteure des Unternehmers würde dadurch sicherlich nicht so sehr in Mitleidenhaft gezogen wie der Arbeitsverdienst. „Der der Sorge um das tägliche Sein darf die Kollegin nicht den Blick für die Bessergestaltung verlieren. Klagen hilft nichts, nur freies, tatkräftiges Handeln; sei es, wenn zu Versammlungen gerufen wird, oder wenn es gilt, bei den Wahlen seine Stimme abzugeben, zu agitieren für Partei und Gewerkschaft.“

Darum mußten die Frauen Staatsbürgerinnen werden, um über ihre Familie sowie über die Geschichte eines ganzen Volkes entscheiden zu können, verantwortliche Trägerinnen zu werden einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Berta Rich.

Die Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten sind zur Zeit mehr als ein Fünftel der Lohn- und Gehaltsempfänger weiblich; jede fünfte Frau ist Arbeitnehmer. In diesen Zahlen findet das Vordringen der weiblichen Arbeit einen berechneten Ausdruck. 8,5 Millionen Frauen sind in 537 Berufen beschäftigt. Eine Umschichtung der Beschäftigung hat in den letzten Jahrzehnten stattgefunden: die weibliche Arbeitskraft zog sich von den häuslichen Diensten, der Landwirtschaft, ja auch von der Bekleidungsindustrie stets mehr zurück und strömte in die verschiedenen Bureaus und Kaufläden und in die Industrie, wo sie insbesondere angelernte Arbeit verrichtet. So stieg z. B. die Zahl der weiblichen Arbeiter in der Automobilindustrie in den letzten zehn Jahren um 1408 Prozent, die der männlichen nur um 435 Prozent. In der Landwirtschaft sind immer noch eine Million weiblicher Lohnempfänger beschäftigt. Die Löhne der Frauen sind für gleiche Arbeit erheblich niedriger, als die der Männer und betragen gewöhnlich etwa zwei Drittel der für die gleiche Arbeit gezahlten Männerlöhne. Ende 1927 betrug der Durchschnittslohn der amerikanischen Lohnempfänger 26 Dollar 90 Cents die Woche, der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter 29,36, der weiblichen 17,34 Dollar. Der gesetzliche Schutz der Frauenarbeit ist in den Vereinigten Staaten wenig entwickelt, soziale Schutzgesetze werden von den einzelnen Gliedstaaten geschaffen.

Literarisches.

Strass, Eduard: „Die Gewerkschaftsbewegung in Österreich“. Amsterdam 1929. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Anlieferung in Deutschland: Verlagsgesellschaft des IGB, Berlin S 14, Inselstr. 6a. 63 Seiten. Preis 75 Pf. Die Schrift ist als Band 9 der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek erschienen. Sie bildet eine wertvolle Ergänzung der bereits erschienenen Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Belgien, England, Schweden und Deutschland.

Ratgeber für die Invalidenversicherung. Von Friedrich Quatmann, Kontrollinspektor. (Seit 6 von Wordels Schlüsselbüchern). 15. Auflage (106. bis 110. Tausend). 48 Seiten. Verlag: Friedrich W. Wordel, Leipzig C 1, Königstraße 26E. Einzelpreis 70 Pfennig, bei Partiebelegungen von 10 Stück an Ermäßigung. In anschaulicher Weise werden die verschiedenen Arten der Versicherung (Pflicht-, Selbst-, Weiter- und Höhererforderung), die Beitragszahlung und die Leistungen erörtert. Die am 1. Oktober 1929 in Kraft tretenden Erhöhungen der Renten sind bereits berücksichtigt, so daß diese Neuauflage auch in bezug auf rasche Anpassung an den neuesten Stand der Gesetzgebung den alten Ratgeber von Wordels Schlüsselbüchern wahr.

◆ ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆ ◆

Im Eisenbahnabteil.

Wie froh war ich nach des Tages Erleben, mich zur Heimfahrt rüsten zu können. Ein ruhiges Abteil wollte ich mir sichern, um dort noch etwas über die Eindrücke des Tages nachdenken zu können.

Ich fand auch ein Abteil, in dem eine einzelne Dame schlafend in der Ecke saß. Das schien mir wie gemächlich. Doch kaum hatte ich Platz genommen, erwachte die Dame, sah unruhig zum Fenster, indem sie sich zugleich an mich wandte. „Wo sind wir denn?“

„In Emmerich.“

„Wissen Sie, wie weit dieser Wagen fährt?“

„Bis Passau, über Wien.“

„Also bis Wiesbaden?“

„Ja.“

„Wann werden wir dort sein?“

„Ich denke bis morgen früh drei, oder vier Uhr.“

„Ich danke!“ Und wie zu sich selbst redend flüsterte sie: „Wär ich doch nur schon dort.“

Ich sah, ein stiller Kummer quälte sie. Sie bangte um ein Leben. Tiefes Mitleid erfaßte mich. Gehörte sie auch nicht meiner Gesellschaftsklasse an, wovon ihre Kleidung, ihr Koffer und auch ihr Schmuck berechnete Zeugen waren, so stand sie mir jeht, wo das Leid sie getroffen, trotzdem nahe. Ganz in meine Gedanken versunken hörte ich ihre weiteren Worte nicht, oder verstand wenigstens nicht recht, was sie so heftig klagte und dabei die geborene Holländerin vertiefte. Nur das eine vernahm ich: — „Er kann nicht leben ohne mich.“ — „Stets war ich um ihn.“ — „Er ist nicht mehr, verlangt nicht einmal auf die Straße zu gehen.“

Teilnahmsvoll sah ich zu ihr hinüber, denn ich glaubte zu begreifen, daß hier ein Mutterherz um das teuerste Wesen, um ihr Kind, bangt. Ich wollte eine Bemerkung machen, doch sie fuhr weiter fort: „Mein Mann sandte mir ein Telegramm, ich sollte kommen, er befürchte das Schlimmste.“ — „Er sei beim Tierarzt gewesen.“ —

Das Weitere hörte ich nicht mehr. War es anfangs Mitleid, so änderten sich meine Gefühle beinahe in Groll um. Also einem Hunde galt die ganze Fürsorge, darum unterbrach sie ihren Sommerausflug und fuhr von Amsterdam nach Wiesbaden zurück, weil



Ihr Hund an Heimweh litt? — Ich liebe die Tiere auch, — aber da schüttelte ich doch meinen Kopf. Gab es denn nichts auf der Welt, das mehr Sorge und Liebe verdiente als dieses Tier? — Hatte sie sonst niemanden, dem sie das Übermaß von Liebe hätte zuzuwenden können? — Wie viele Kinder finden wir in Heimen und Waisenhäusern, die mit Liebe und Dank Wohlthaten vergelten würden, die man glücklich und reich machen könnte, würde man ihnen nur einen Teil dieser Sorge und Liebe zuzuwenden, die an dieses Tier verschwendet wird.

Inzwischen waren wir in Wesel. Ein junger Mann verabschiedete sich von einer Gruppe. Er schien so ungefähr 25 Jahre zu zählen. Man mußte ihn gern gehabt haben, denn der Abschiedsschmerz lagerte auf allen Gesichtern.

„Kommt gut hinüber!“ Das war der letzte Gruß, den ihm ein älterer Herr, der wohl sein Vater sein mochte, zuteilte. Langsam fuhr der Jüngling hinaus. Lächer flatterten noch einen Augenblick vor seinem Fenster. Hochauferichtet stand der junge Mann da, ein Bild wie aus Stein geformt, weiß wie die Wand. Jenseit krampften sich die Hände ineinander, und auch nur dieses allein vertiefte seine innere Erregung. Rasch verstaute er seinen Koffer, zog eine Zeitung aus der Brusttasche und vergrub seinen Kopf in dieselbe. Viel mag er dieser nicht eintausenden haben, denn er hielt das Blatt ausgebreitet in den Händen. Die Kopfseite war zugewandt, und ich entdeckte „Der Grundstein.“ Also einer von den Unfertigen, dachte ich. Wie groß und erhaben kam mir dieser Gesandte vor, der Abschied nahm, um über dem Wellener ein neues Leben zu beginnen. Tränenlos, hochauferichtet, wohlbewußt des Lebens und der Heimat, die er mit einem festen, ungewissen Schicksal veranschte. Ja, so schiedet ein echter Proletarier.

„Überhaupt.“ Eine Frau steigt ein mit schwerem Gepäck. Ihr Mann hilft ihr, dann bezieht er sich, hinstanzuhin. Ich denke, er war Bergarbeiter, wenigstens ließen die schwarzen Flecken auf... Er stürzte darauf hinüber. Noch im Schwitzen rief ihm die Frau zu: „Beruht nicht, das halbe Liter Milch abzugeben, ein halbes Liter reicht!“

So gehen Menschen auseinander. Wie, wenn ihr Mann von der heutigen Schicht nicht mehr zurückkehrt? Hätten die Worte „Auf Wiedersehen!“ beim Abschied nicht besser gepast? Beruflich allerdings ist das Verhalten der Frau. Menschen, deren Leben an Sorgen reich ist, werden leicht hart. Es gelingt ihnen nicht immer, den kleinen Alltagskram beiseite zu lassen und in größeren Regungen Abstand zu verschaffen.

„Düsseldorfer.“ Wieder steigt eine Frau ein. Wir sind ihr behilflich, denn sie trägt ein ungefähr halbjähriges Kindlein auf dem Arm. Man mußte sie einen schweren Koffer. Abgehört sieht sie aus. Die erste Frage war: „Ist es recht, ich möchte nach Passau?“ Ich bejahe, und schließlich erteilte ich auf sie auf.

„Mit diesem Kleinen?“ fragte ich.
„Ich habe niemand, gekannt sie offen.
„Mein Mann muß zur Schicht. Mein Vater ist gestorben, da muß ich sein. Das Kind wollte ich nicht in andere Hände geben.“



Welcher Kontrast zwischen der einen und der gegenüberstehenden Frau. Einerseits Opfer einer Proletarierin, die, weil sie kein Geld hat, ihr Liebste, das Kindlein, in Mitleidenschaft ziehen muß, und dort die Dame, die im Wohlstand lebende, die ihren Lebensinhalt darin findet, Liebe und Sorge in übertriebener Weise einem Tiere zuzuwenden.

„Düsseldorfer.“ Es war 12 Uhr nachts. Noch war der Schalteraum nicht menschenleer. Eine Gruppe interessierte mich. Ein Mann in Arbeitskleidung, anscheinend ein Maurer, in betrunkenem Zustande, hielt einen Säugling im Arm, dem er die Flasche reichte und dabei hin und her forkelte und ordentlich auf seine Frau los-schimpfte. Er wollte wegfahren mit dem Kinde.

Welch entsetzliches Bild, das ein unschuldiges Wesen als Träger der tiefsten sozialen Not zeigte. Leider konnte ich nichts tun, als dafür Sorge zu tragen, daß das Kind dem Betrunkenen abgenommen wurde.

Heimwärts schreitend dachte ich darüber nach, wieviel Elend es doch auf der Welt gibt, aber auch vor wieviel Aufgaben ganz besonders wir Frauen noch gestellt sind, um unserer Klasse zum kulturellen und sozialen Aufstiege zu verhelfen. Wie manches Leuchten aus Kindertagen würde uns danken, wie manche Frau müßte nicht so gehetzt durchs Leben gehen, wenn wir selbst, suchend, helfend, kämpfend für einander einsehen würden.

Berta Rich.

Der gelbe Pfeifenklub.

Eine ergötzliche Vereinsgeschichte.

Wissen Sie, wo Knoblauchshausen liegt? Sie wissen's nicht. Schade, ewig schade drum. Dort kann der Arbeiter das lernen, was der Kapitalist so gerne hat am Arbeitervolk. Nämlich das brave, geduldige, recht genügsame Verhalten.

In Knoblauchshausen sind die Arbeiter arg brav. Der Bürgermeister und der gesamte Stadtrat sind stolz auf die eingeborenen Arbeiter. „Ja, unsere Maschinenrussen, kreuzbrave Kerls sind's und ruhige Staatsbürger.“ freut sich der Polizeigeneral, und sein Schreiber reicher Hand sagt mit seiner saftigen, stadtbekanntem Sauerkrautstimme: „Ja, gewiß, ja, die Einheimischen, aber halt... die Auswärtigen.“

Was heißt die Auswärtigen? Sind doch kanker Anstandskerle, haben sie hier festhaft gemacht, lassen unsereins auch leben.“ stellt der Allerbürgermeister fest.

Die Auswärtigen, das sind die, welche... Na ja, sie halten fest am Fabrikarbeiterverband, und wenn einer von denen dem ipindidurten Bonifatius begegnet, geht er heim und ist was der Jagd, das ist der Nachtwächter L. Und die, welche von auswärtigen kamen, das sind die Umstürzler, die roten Himmelskramentssozi. Geheime, grundgeheime Leute sind aber die eingeborenen Männer von Knoblauchshausen demnach. Das beweist die Gründung eines Pfeifenklubs. Da geht es recht harmonisch her. Bundeslied ist der Bürgerordnungsschorn „Jahresfeier“, der vom Herrn Kantner komponiert und vom Oberlehrer eingeflüstert wird, und zwar so, daß vorbeigehende Bürger glauben, in dem Probekal der Pfeifenklubbräuer wird eine Banernährschweif eingeleitet.

Während also die ordinären Bürger von Knoblauchshausen sich über die Sache lustig machen, nimmt der Fabrikbesitzer die Angelegenheit sehr ernst. Er lobt die Pfeifenklubs und wacht sie bei ihren roten Kameraden dadurch verdächtigt, weil er für die Pfeifenklubs 300 Markler stiftet. Was der brave Fabrikant und seine blau-gehoffenen Ordnungshelfer noch alles anstellen, wird erst nach und nach unter der Belegenschaft bekannt. Und den Pfeifenklubmachern blüht eine neue Ehre.

In der ganzen Stadt oder, besser gesagt, im Städtle geht es auf und ab mit der Rede: „Knoblauchshausen hat nun einen gelben Pfeifenklub.“

Wer so viel Phantasie und Gehirnmalz hat, daß er sich vorstellen kann, wie aller gefähler, geistiger und ordnungsliebender Segen auf die Pfeifenklubs herabbedenkelt, der ist gleich im Bilde. Und es ist ein herrliches Bild. Ein Bollwerk gegen den roten Umstürz, wie es der Götze, der Nachtwächter U, gelegentlich seiner gelbschwarzmariginen Hinterredensagitation unterstellt. Er sagt, der kante Götze, die roten Brüder werden ob der Entwicklung des gelben Pfeifenklubs blau und grün vor Ärger. Dieser farbentreiche Zustand wird vom Gendarmereismandanten schwarzweiß eingegraben, aber es sind Wasserfarben, die halten nicht, und darnach gibt der Zwiebelknecht seinen Rat her und lacht: „Herr Gendarmereisgeneral, nehmen's halt die Farben Schwarz-Weiß-Gold, die Mischung hält hababaha! weils ölgetränkt is, behohoh.“

Man stelle sich vor: 80 Prozent der Arbeiter sind rot, die übrigen 20 Prozent gelb. Mittlen hinein in die zitronengelbe Far-

monie zwischen Kapital und Arbeit fällt die Stände, allwo die herz-erhebende Nachricht durch die Betriebe rollt: Der Großfabrikant stiftet für den gelben Pfeifenklub ein Banner. Sofort stecken die roten Maulwürfe ihre frechen Schnauzen zusammen, und der mit dem größten Kauwerkzeug behauptet stockstief und grabaus: „Kollegen, aufgepaßt, da stimmt was nicht, da ist was vorbereitet! Kameraden, an den Posten, bedenkt das... wir haben eine Lohnforderung eingereicht. Also Achtung...“

Die Rede geht im gelben Pfeifenklub rum, weil der Wagenheimer von den roten sagt: „Ich riech was, es liegt in der Luft, die Herren wollen uns raushaben... Auspersen woll'n se a bißla.“ Darum sagen die harmlosen, geduckten, heuchlerischen Zitronenfalter: „Se? sind das Verleumder und Schlechtmacher... unsere Unternehmer wollen so was gar nicht...“

Zum Beweis dafür sperrt der Unternehmer aus. Alle Arbeiter und Angestellten, mit samt dem ganzen Anhängsel von Hilfsarbeitern. Sogar die sonst fest gefasteten Allerhandherrschaften fliegen raus. Ohne Gnade.

Unter solchen Umständen bringt der gelbe Pfeifenklub keinen Dampf mehr her. Eine Abordnung der gelben Schwalbenschwänze rückt so halb und halb im Kontor vor dem Herrn an dem Bauch rum. Umsonst. Ganz zwecklos. Der Herr steht fest wie ein Fels und gibt die Rede mit Echo von sich: „hm, em, he, tut mir leid... aber... unerschütterlicher Beschluß... ah, unsererseits laufet... hm, em... ja... alles rraus aus dem Betrieb... rrrraus!“

Hinterherum winkelt eine gelbe Kreatur: „Aber Herr... wir vom gelben Pfeifenklub... wir sind die Betriebsstreuen... fren, wie der Hund... wir...“

Der Herr gebietet: „Winkeln hat keinen Zweck... und wer bellt, kriegt... ah... die... ah... übrigens, ich überweise dem Pfeifenklub aus freien Stücken...“ merkt er was? „hundert Mark... guten Tag...“

Das ist an diesem Abend ein Jubelfest bei den Gelben. Im Sandumdrehen ist die hochherzige Stiftung des noblen Fabrikanten in Spiritus verfliegen. In der festlichen Begeisterung hält einer den anderen für einen Macher, der Klebefinger hat.

Am anderen Tag gibt es beim gelben Pfeifenklub ausgebrannte und mit eingetrockneten Löchern veredelte Pfeifenköpfe. Der Samariter hilft nach.

Nun gehen Wochen dahin. Bei den Gelben sieht es kagen-jämmerlich aus. Anschmarotzereien beim Unternehmer erknen Hohn und Spott. Wegen eines kleinen Bruchstücks läßt der Herr den Betrieb nicht laufen. Also, draußen bleiben!

An den Gelben liegt dem Fabrikanten so wenig wie dem Feldherra am Leichenraubgefindel. Die roten, die sollen zermürbt werden, die roten.

Über schaut nur hin, die frechen Burschen rauchen beim Streikpostenstehen ihre Pfeifen, während beim gelben Pfeifenklub schon lange der Tabak ausgegangen ist. Also darf so ein Pfeifschinese auch einmal seinen Kloben mit rotem Tabak stopfen.

Bei dieser Gelegenheit fragt der gelbe Häuptling: „Sag mal, Kamerad, borgt euch der Krämer, der Wirt, der Bäcker, der Metzger auch keinen Nickel mehr? Uns vom Klub borgt kein Mensch was.“

„Ja“, sagt lachend der rote Oskar. „Borgen...? hababaha... borgen? Zu was sollen wir aufschreiben lassen? Wir kriegen am Wochenende unsere Unterfertigung: das langt die Woche durch...“

Der Oberzitronefalter wird um einen Strich gelber und wundert sich: „Ihr braucht also nichts versehen...? Wir müssen das... Unglück auf uns nehmen... Unsere Uhren und Schmuckstücke sind schon fort... Betten, Möbel, Kleidungsstücke... wenns lange dauert... müssen sie als Pfänder ins Leihhaus... Wir hungern ja schon... Müßt ihr nicht versehen, borgen... ausleihen?... damit ihr Geld in die Finger kriegt... he...?“

Nun nimmt der Oskar seinen großen Lacher: „Mensch, habaha, bist du verrückt?“

Darauf macht der Gelbe große Augen, ein verfürtes Gesicht und bringt die Frage raus: „Ja, wo kriegt ihr den Geld her zum Leben...?“

„Einfältiger, Kleimütiger... aus unserer Sparkasse!“ schmunzelt der Verbändler.

„Sparkasse, wo habt ihr eure Sparkasse?“ meint erstaunt der Chinese aus Deutschland.

„Unser Verband ist unsere Sparkasse!“ erklärt Oskar. „Könnte man da nicht...?“, sagt verlegen der andere.

„Ja, da könnt ihr alle!... Nach der Aussperrung... geht zur Streikleitung... Von den gelben Sammelgeldern fällt... vielleicht, na ja... es fällt was ab.“

Der Gelbe geht und handelt. Damit bricht er aber dem gelben Pfeifenklub das Rückgrat. Das gelbe Kartenhaus fällt ein. Morgen werden die Trümmer meistbietend versteigert. Wer was davon haben will, der gehe rechtzeitig. Die Sache ist, denn sie stinkt schon ganz bedenklich.

Wir wollen dem mistgelben Krampf zum geruchsaamen Ende einen selbstgegendelsten Hausseggen stiften:

Stellst du dein Haus auf morschen Grund, es sinkt; und bald riecht jeder Gassenhund: es stinkt! R u c h u d.

Humoristische Ecke.

Am Telephon. In Mainz befindet sich das allen Rheinreisenden wohlbekannte Bierrestaurant „Zum heiligen Geist“ in einer ehemaligen Kirche, die während der Napoleonischen Kriege profaniert wurde. Eines Tages ertönte die dort nächst dem Buffet gelegene Telephonlingel. „Hier heiliger Geist — wer dort?“ — „Ich, entsetzlichen Sie vielmals“, sagte die andere Stimme, da bin ich wohl falsch verbunden worden. Ich wollte ja nur mit dem hochwürdigen Herrn Bischof sprechen.“

Grabschein-Jaschrit. Der Lehrer von Schönholz bei Eberswalde war gestorben, als er während der Ferien verreist war. Also ließen ihm die Schönholzer auf den Grabschein sehen: „Er starb in seiner Abwesenheit.“ („Simplizissimus“)

Vorspiegelung falscher Tatsachen. „Mei Frau wiegt 2½ Zentner. Wenn sie in ihrer weißen Sportschuh rotzelt, glauben die Leute unten, es kemmt a Lamme und reißt aus!“ („Jugend“)

Uragekehrte Wirkung. „Nu, Frau Nachbarn, bei Ihnen is doch rechtes Lämten heide?“

„Ja, untrer Großen is heide morgen änne Gadjze tebern Weg geloopen!“

„Awer, das beedeid doch nichd Gude?“

„I woher denn, mer hamn se doch schon in der Pfanne!“ („Jugend“)

Nächstenliebe. Der Lehrer eines schwäbischen Landortes bespricht mit seinen neun- und zehnjährigen Schülern das Gebot der Nächstenliebe und erklärt, daß alle Menschen, auch die Feinde, zu lieben seien. Um sich von dem Erfolg seiner Bepredung zu überzeugen, fragt er, ob man auch Trinker und Lumpen lieben solle. „Ja!“ sagt der sich zur Antwort meldende Junge, „die muß mer au lieba!“

„Warum?“ möchte der Lehrer wissen. „Weil's unsere Väterter send!“ war die prompte Antwort.

Schwarz auf weiß. Der Rubenbauer-Nazi, der vor einiger Zeit aus der Irrenanstalt entlassen worden, gerät im Wirtschaft mit seinem Nachbar in Meinungsverschiedenheit. „Verräcker Kerl! Narr!“ schimpft dieser auf ihn ein. — „Was“, sagt der Rubenbauer. „I war a Narr?“ — „I bin a der einzige im ganzen Dorf, der ein amtlich's Zeugnis hat, daß er geistig g'und is!“